

Fotok. am 1.6.57
Hauptamt
mit dem
1942

Inhalt:	
Akt. 4.367/76	75 240 (1)
Rep.	

Stand bis Anfang 1942

Aut. 4

Erfahrungen des Weltkrieges:

Niederlage war u. der vollkommen wirtschaftlichen Erschöpfung 1918. Entscheidende Ursache die ungenügende Rohstoff- und Nahrungsmittel-Versorgung, die mangelnde Autarkie des durch die britische Blockade wirtschaftlich fast vollständig isolierten von Deutschland beherrschten europäischen Raumes.

Auch damals aus den besetzten Gebieten wertvolle Ergänzungen der wehrwirtschaftlichen Kraft Deutschlands. Insbesondere Abkommen mit Ukraine, wonach diese den Mittelmächten pro anno 1 Million to Getreide lieferten, Rumänien seine gesamte Erdölproduktion zur Verfügung gestellt, ebenso seine Agrarüberschüsse, sowie seine Eisenbahnen- und Schifffahrtswege.

Nicht ausgerichtet, um den Zusammenbruch zu verhindern.

Wehrwirtschaftliche Potential Deutschlands bei Kriegsausbruch:

Auf dem Gebiet der Nahrungsmittel bei Kriegsausbruch wertmäßig gerechnet immer noch Auslandsabhängigkeit von etwa 20%. Bedeutend höher bei Futter, Getreide und Fetten. Die deutsche Fettlücke betrug 50%.

Zwar erhebliche Vorratsreserven vorhanden, so insbesondere bei Brotstroide aufgrund der guten Ernten 1938 und 1939 in Höhe von etwa 6.5 Mill. to sowie bei Fetten von 0.55 Mill. to.

Trotz Erfolge des Vierjahresplans auf einzelnen Rohstoffgebieten, wie insbesondere synthetischer Treibstoff, Buna, Leichtmetalle, Zellwolle, Kunststoffe war es nicht gelungen, die Auslandsabhängigkeit wesentlich herabzudrücken, abgesehen davon, daß diese Autarkiebestrebungen unverhältnismäßig viel Arbeitskräfte und Kapital beanspruchten.

Die Auslandsabhängigkeit betrug bei Kriegsausbruch bei den Rohstoffen rund 1/3 (wertmäßig gerechnet).

Bei einzelnen kriegswichtigen Rohstoffen lag sie noch erheblich höher. In dem in den schaffenden Industrie Verbrauch von Inlandserzen zum Verbrauch von Auslandserzen etwa 1 zu 3. Unter Berücksichtigung der inländischen Schrottanfälle machte die Auslandsabhängigkeit etwa 45% aus. Bei den N.E.-Metallen

- 2 -

Auslandsabhängigkeit für Zink 25%, Blei 50%, Kupfer 70%, Zinn 90%, Nickel 95%, Aluminium (Bauxit) 99%. Bei Mineralien etwa 2/3, Kautschuk 85 - 90% und in der gesamten Textil-Rohstoffversorgung ca. 70 %.

Andererseits hat sich der Rohstoffbedarf auf wichtigen auslandsabhängigen Gebieten gegenüber dem Weltkrieg durch die ständig fortgeschrittene Technisierung der modernen Wehrmacht, insbesondere der Entwicklung der Luft- und Panzerwaffe wesentlich erhöht, wodurch sich die Deckungsmöglichkeiten erheblich verschlechterten.

Bei einzelnen Rohstoffen, wie N.E.-Metallen und Kautschuk waren nicht unerhebliche Vorratsreserven angesammelt. Da jedoch die Eigenherzeugung und die Einfuhrmöglichkeiten mit dem ständig steigenden Bedarf nicht mehr Schritt halten konnten, mußte bereits im Laufe des Jahres 1939 der Einsatz der für den Kriegsfall bestimmten Reserven für die laufende Produktion erfolgen. Bei Kriegsausbruch waren nur noch unbedeutende Reserven vorhanden.

Die unzureichenden Erzeugungsmöglichkeiten an kriegswichtigen Rohstoffen wie auch an wichtigen Nahrungsmitteln, insbesondere Fetten, sowohl in Deutschland als auch im europäischen Raum stellte ebenso wie im Weltkrieg eine entscheidende Schwäche des deutschen Kriegspotentials dar.

Deutschland verfügte bei Kriegsausbruch nur noch über geringe Gold- und Devisenreserven. Sie betrugen etwa 500 bis 600 Millionen Reichsmark.

Der binnenländische Transportapparat entsprach nicht einmal den Friedensanforderungen.

Der Bedarf an Arbeitskräften, insbesondere an Fachkräften konnte in zunehmendem Maße nicht mehr gedeckt werden. Für 1939 wurde der gesamte Fehlbedarf auf 1 Million geschätzt.

Bei den Transportkapazitäten kam es seit Herbst 1937 in ständig zunehmendem Maße zu Spannungen, da sowohl bei der Reichsbahn als auch bei den Lastkraftwagen und der Binnenschifffahrt sämtliche Fahrzeugreserven restlos erschöpft waren. Bereits im Winter 1938/39 daher infolge der Transportschwierigkeiten schwere Störungen des Wirtschaftslebens, insbesondere in der Kohlenversorgung.

Der Fehlbedarf der Reichsbahn wurde damals auf 4500 Lokomotiven und 107 000 Güterwagen geschätzt.

Wieder wirtschaftlicher Durchhaltekrieg statt Krieg der schnellen militärischen Entscheidung:

Ziel der deutschen Führung mußte es sein, den Sieg so schnell zu erringen, daß die Schwäche des Versorgungspotentials gar nicht erst zum Tragen kommen konnte. Die Voraussetzung hierfür war die Schaffung einer wesentlichen, vor allem qualitativen Überlegenheit der militärischen Rüstung, insbesondere auf dem Gebiet der Technisierung. Diese Überlegenheit ist in den Jahren 1935-1939 tatsächlich erreicht worden, wie besonders deutlich die Entwicklung der Luftwaffe, der Panzerwaffe, wie überhaupt der ganzen Heeresmotorisierung zeigt. Ein Maßstab hierfür die Rüstungsausgaben. In den Jahren 1933 bis 1939 hat Deutschland allein für die Rüstung mehr ausgegeben als England, Frankreich und Polen zusammen.

Als die deutsche Führung sich im Sept. 1939 zu einer endgültigen Lösung des Konflikts mit Polen durch Waffengewalt entschloß, war sie fest davon überzeugt, daß es nur zu einem Krieg mit Polen kommen würde, der in kürzester Zeit siegreich beendet. Sie war auf Grund gewisser Informationen aus England und Frankreich trotz Warnungen von maßgebender Seite in festem Glauben, daß diese beiden Länder nicht zu ihren Polen gegenüber eingegangenen Garantieverpflichtungen stehen würden.

Hier war der erste entscheidende Irrtum der deutschen obersten Führung.

Dieser Irrtum erscheint völlig unverständlich, weil von allen maßgebenden, gut unterrichteten Kreisen die gegenteilige Ansicht vertreten wurde, die deutsche oberste Führung mit ihrer Ansicht also sichtlich allein stand. Wie überzeugt man war, daß es nur einen kurzen Krieg gegen Polen geben würde, zeigt u.B., daß der Hebefehl für die gesamte Wirtschaft mit dem ausdrücklichen Vorbehalt gegeben wurde, nur das unbedingt Notwendige zu veranlassen.

Nachdem der Irrtum erwiesen, wurden allen Maßnahmen zur Steigerung der Rüstung auf das höchstmögliche Maß befohlen. Als Zeit wurde bezeichnet, den Krieg unbedingt im Jahre 1940 zu beenden. Alles müsse auf diese eine Karte gesetzt werden, denn man müsse, daß man den Krieg nicht auf lange Zeit durchhalten könne.

Zur schnellmöglichten Steigerung der Rüstung seien die Rohstoffe auch zu Lasten evtl. späterer Kriegsjahre rücksichtslos einzusetzen" (Der Führer zu Westel in Des. 1939) .

Die siegreiche Beendigung des Krieges sollte aber vor allem deswegen im Jahre 1940 auf jeden Fall erreicht werden, um nicht die amerikanische Hilfe für die Westmächte wirksam zum Tragen kommen zu lassen.

Nachdem die engl. und franz. Armeen in Westen entscheidend geschlagen wurden und Frankreich als Gegner ausschied, rechnete die deutsche oberste Führung nunmehr bestimmt, daß England den Kampf gegen Deutschland aus der Erkenntnis einer Aussichtslosigkeit desselben einstellen würde.

Hier der 2. entscheidende Irrtum.

Wie fest man daran glaubte, geht daraus hervor, daß nach Abschluß des Waffenstillstandes mit Frankreich zusammen mit einer Umsteuerung der Rüstung bereits auch eine stärkere Berücksichtigung der Verbrauchsgüter-Produktion vorgesehen war.

Sobald sich herausstellte, daß England fest entschlossen war, den Krieg fortzuführen, wurden die Vorbereitungen in Gang gesetzt zu einer Landung in England im Herbst, der einmigen Möglichkeit, den Krieg gegen England siegreich zu beenden. Die Landung erwies sich jedoch aus militärischen Gründen als undurchführbar. Maßgebend waren dafür in erster Linie Deutschlands Schwäche zur See sowie die Tatsache, daß es nicht gelungen war, die Luftherrschaft über dem Kanal und über England zu erringen, was eine unabdingbare Voraussetzung für die Landung war.

Der Glaube, die Landung in England durchführen zu können, der 3. entscheidende Irrtum !

Bis zum Krieg mit Rußland war es durch eine in der Geschichte völlig neuartige überfallartige Angriffstaktik gelungen, alle Gegner nacheinander zu schlagen.

Jedoch war es nicht gelungen, den Krieg gegen den Hauptgegner England siegreich zu beenden. Weder der Luft- noch U-Bootkrieg konnte die Widerstandskraft Englands ernstlich erschüttern. Trotz der andauernden und intensiven deutschen Luftangriffe im Herbst 1940 blieb die britische Luftwaffe und Luftabwehr entgegen allen Erwartungen weitestgehend in Fakt. Auch die Moral der britischen Bevölkerung wurde ernstlich nicht erschüttert.

Ebenfalls konnte England nicht entscheidend in seiner Rüstungsproduktion getroffen werden.

Andererseits hat die deutsche Gegenblockade die engl. Einfuhr nur in geringem AusmaÙe beeinträchtigen können. Im Durchschnitt des 1. Kriegsjahres betrug die englische Einfuhr mengenmäßig 10% des Durchschnitts von 1938. Im Sept. 1940 waren es bei der engl. Einfuhr immer noch 72%. Im weiteren Verlauf des Krieges dürfte sich auf Grund der vorliegenden Berichte hieran kaum viel geändert haben. Dieses außerordentlich günstige Ergebnis hat England trotz der vielfachen Einfuhr-Umlagerungs- und Tonnage-Schwierigkeiten erreichen können.

Der U-Boot-Krieg ist immer schwieriger geworden; während die U-Boot-Waffe im großen ganzen auf dem bei Ende des Weltkrieges erreichten techn. Stand stehen geblieben ist, hat sich die U-Boot-Abwehr, vor allem auf dem Gebiet der Peil-Einrichtungen ständig weiter entwickelt, sodaÙ es immer schwieriger wird, so dicht heranzukommen, um mit Torpedos Treffer zu erzielen. Auf Grund der verbesserten Flak-Abwehr wird es für Flugzeuge immer schwerer, Bombentreffer auf Schiffe zu erzielen. Aus diesem Grunde geht man jetzt immer mehr zu den Lufttorpedos über.

Der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten hat zur Folge, daÙ nunmehr ein Wirtschaftskrieg allergrößten Ausmaßes gegen Deutschland und das von ihm beherrschte Kontinental-Europa geführt wird. Hieran wird später ein intensiv geführter Luft-Zerstörungskrieg treten, bei dem Deutschland ins Hintertreffen geraten muß, da die deutsche Flugzeugproduktion bei weitem mit der engl. und amerikanischen nicht Schritt halten kann.

Als die deutsche Führung durch den Gang der Ereignisse gezwungen war, sich von dem Krieg der schnellen militärischen Entscheidung auf den wirtschaftlichen Durchhaltkrieg umzustellen, war sie sich bewußt, daÙ der von Deutschland beherrschte Raum keineswegs ausreichte, um einen langen Durchhaltkrieg zu führen. Nicht nur bietet dieser Raum an sich schon nicht genügend Produktionsmöglichkeiten, darüber hinaus waren die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten auf Teilgebieten durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen. Wohl hatte der Westfeldzug riesige Beutevorräte an kriegswichtigen Produkten erbracht, die es aber überhaupt nur ermöglicht hatten, den Krieg bis jetzt wirtschaft-

lich durchzuhalten. Diese Vorräte gingen nunmehr unwiderruflich zur Beige.

Man war daher zu der ERNEK Erkenntnis gekommen, daß die notwendige weitgehende Autarkie nur durch Eroberung neuer Wirtschaftskreise gesichert werden konnte.

Von den verschiedensten "fachmännichen" wurden jetzt der Führung Berechnungen über die ungeheuren wirtschaftlichen Ausbaumöglichkeiten Rußlands vorgelegt. Insbesondere hat Backe die Ansicht vertreten, daß allein der Besitz der Ukraine uns von jeder wirtschaftlichen Not befreien würde.

Auf der anderen Seite wurde bei der obersten Führung die Ansicht vertreten, daß die Kampfkraft der Roten Armee, sowohl was die Führung als auch Geist und Ausbildung der Truppe sowie die techn. Ausrüstung anbetraf, nicht hoch einzuschätzen sei. Man glaubte, Beweise zu dieser Ansicht in den Leistungen der Roten Armee im Finnischen Kriege zu haben. Außerdem glaubte man, daß das kommunistische Regime beim ersten Anprall von außen zusammenbrechen würde.

Auf Grund dieser Überlegungen und aus dem Zwang heraus, um jeden Preis das wirtschaftliche Fundament der deutschen Kriegsführung zu verbreitern, vielleicht auch aus der Befürchtung heraus, daß die Russen sich einmal in einem für uns ungeeigneten Augenblick gegen uns wenden könnten, entschloß sich die deutsche Führung zu ihrer sonderartigen Aktion gegen Rußland.

Im Programm es waren etwa 2 Monate für den Russenfeldzug angesetzt. Bereits im Sept. sollten die großen Aktionen gegen Ägypten und Cybraltar anlaufen.

Hier lag der 4. und entscheidende Irrtum der deutschen Führung im bisherigen Verlauf des Krieges.

Es ist bisher nicht gelungen, den Krieg in Rußland siegreich zu beenden. Die Truppen mußten einen Winterfeldzug überstehen mit noch nie dagewesenen Belastungen. Diese waren besonders groß, weil die Truppe in ihrer Bekleidung nicht für den russischen Winter ausgerüstet war, da man eben diese Möglichkeit niemals ins Auge gefaßt hatte. Andererseits waren unter Einsatz der letzten Baumwollvorräte für rund 1 Million Mann Tropen-ausrüstungen fertig gestellt worden, für die vorläufig kaum irgendwelche Verwendungsmöglichkeiten bestehen werden.

Eine weitere Tatsache, mit der die deutsche Führung nicht gerechnet hatte, war, daß die Russen den Winter benutzten,

um ihrerseits zum Angriff überzugehen, der zu erheblichen Raumgewinn führte, darüber hinaus aber vor allem die deutschen Gruppen auf das Maximum beanspruchte und erschöpfte und zum Einsatz der letzten Reserven zwang.

Von geradezu entscheidender Bedeutung hat sich im bisherigen Verlauf des russ. Feldzuges das Nachschub-Problem erwiesen. Mit jedem weiteren Vorrücken wird dieses Problem größer. Jeder militärische Erfolg bedeutet also gleichzeitig eine Erschwerung der militär. Gev. wichtige mil. Operationen müssen wochenlang aufgeschoben werden, weil Munition, Treibstoff und Proviant nicht herankomen.

Der Rückzug seit Anfang Dez. ist nicht so sehr durch die Stärke der Russen als durch die ungeheuren Nachschubschwierigkeiten erzwingen worden. Einzelne Truppenteile waren wochenlang ohne Verpflegung. Der Abtransport der hohen Zahl der Verwundeten stellten sich größte Schwierigkeiten entgegen. Anfang Dezember waren beim Ost-Deer 250 000 Kraftfahrzeuge reparaturbedürftig bei einem Einsatz von 600 000. Die Folge hiervon war, daß sämtliche Infanterie-Divisionen endmotorsiert werden mußten, um wenigstens die mot. Divisionen mit der erforderlichen Zahl von Kraftfahrzeugen auszustatten.

Die russ. Panzer- und Flugwaffe erwies sich als weit stärker als die deutsche Führung angenommen hatte.

In Russen-Feldzug hat die deutsche Wehrmacht zum ersten Male schwere Menschenverluste erlitten. Als Folge hiervon entwickelt sich die Kräftegestellung, und damit der Menschenausgleich zwischen der Gruppe und der Kriegswirtschaft der Heimat zu einem immer ernsteren Problem.

Zum ersten Male wurde auch deutsches Kriegsmaterial in großem Umfang vernichtet, beschädigt und verschlissen. Die Panzergruppe Suderian hat 90% ihrer Fahrzeuge verloren. Ende Dezember hieß es, daß bei den eingesetzten Feldhaubitzen alle Rohre erneuerungsbedürftig seien. Die russ. Waffen waren auf Grund ihrer Konstruktion der Mittelartillerie weit widerstandsfähiger als die deutschen. Durch den hohen Reparaturbestand und die erneuernden Überbeanspruchungen aller im Osten eingesetzten Flugzeuge nimmt die Kampfkraft der deutschen Luftwaffe ständig ab, was angesichts der stetigen Verstärkung der engl. und amerikanischen Luftwaffe nicht ernst genug beurteilt werden kann. Die Folge dieser

ungeheuren Menschen- und Materialmäßigen Beanspruchung durch den Russenkrieg ist, daß Deutschland die wichtige Kriegführung gegen England fast ganz zurückstellen muß.

Das Hauptziel des Russenfeldzuges, die Verbreiterung des wirtschaftlichen Fundaments der deutschen Kriegführung, um den langen Durchhaltekrieg gegen den anglo-amerikanischen Mächteblock bestehen zu können, konnte in keiner Weise erreicht werden. Fehrwirtschaftlich also ein absoluter Fehlschlag. Die Vorkommen an kriegswichtigen Mangelrohstoffen, wie insbesondere N.Z. Metallen und Treibstoff, sind bis jetzt noch nicht in unserer Hand, abgesehen von den Mangen-Gruben in Mikopol. Die Beute an kriegswichtigen Produkten gering. Die Industriewerke von den Russen bei ihrem Rückzug in einem verheerenden Umfang zerstört, daß an ihren Wiederaufbau und Ausbeutung die deutsche Rüstungswirtschaft, wie es geplant war, überhaupt nicht gearbeitet werden kann. Auf der anderen Seite verfügt Rußland noch über 70 - 80% seines Rüstungspotentials.

Der oberste Grundsatz der engl. Kriegführung, die Kriegsschauplätze möglichst auszuweiten und Zeit zu gewinnen, damit sich die wirtschaftlichen Verluste in immer stärkerem Maße zu Ungunsten Deutschlands auswirken können, ist erreicht worden.

Die räumlichen und zeitlichen Ausmaße, die der Russenfeldzug angenommen hat, führen auf jeden Fall zu einer schnellen Erschöpfung der militär. und der wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands und damit zu einer zunehmenden Lähmung der deutschen Kriegführung ab 1942, während die Rüstungskraft der Vereinigten Staaten von Monat zu Monat stärker in Erscheinung treten wird. Im Mittelpunkt wird hierbei das Treibstoffproblem stehen. Da es uns bis zum Beginn des Winters nicht gelungen ist, den Kaukasus, ja nicht einmal Maikop in unsere Hand zu bringen, werden für die Fortführung des Feldzuges in dieser Jahre angesichts der völligen Erschöpfung der deutschen Vorräte keine wesentlichen Treibstoff-Operationsreserven mehr zur Verfügung stehen.

Irgendwelche neue militärischen Operationen, die den Endsieg erzwingen, oder die wirtschaftliche Lage entscheidend verbessern könnten, gibt es heute nicht mehr, ganz abgesehen davon, daß neue große Operationen schon aus Treibstoffgründen von jetzt ab unmöglich sind.

Die Leistungen der italienischen Wehrmacht haben bisher

in jeder Weise enttäuscht. Infolge Freibstoffmangels wird die ital. Flotte im Mittelmeer in zunehmenden Maße aktionsunfähig, wodurch vor allem der Geleitschutz für den Nachschub nach Lybien in Frage gestellt wird. Die Kriegführung der Achse im Mittelmeer wird immer mehr gelähmt.

Italien ist das Land, das von allen Großmächten das schwächste Landwirtschaftspotential hat. (etwa den 10. Teil des Deutschen).

Deutschland mußte in ständig steigendem Maße die Versorgung Italiens mit kriegswichtigen Rohstoffen mit übernehmen.

Das zentrale Problem der deutschen Kriegswirtschaft:
Das ständige Mißverhältnis zwischen Programmen und
und Deckungsmöglichkeiten.

Hauptgründe hierfür:

- 1.) ständige Ausweitung der Kriegsschauplätze, wodurch die Rüstungserfordernisse ein Ausmaß, ~~das weit über die Leistungserfordernisse ein Ausmaß, das weit über die Leistungsfähigkeit~~ der Wirtschaft Deutschlands und der von ihm beherrschten europäischen Länder hinausgeht.
- 2.) Mangelnde Einsicht der deutschen Führung in wirtschaftliche Fragen überhaupt.
- 3.) Keine Gesamtplanung der Programme, keine Schwerpunktbildung vorhanden.
- 4.) Es wurden niemals die zu erreichenden Ziele mit den vorhandenen militär. u. wirtschaftl. Mitteln abgestimmt, wie es z.B. Friedrich der Große in vollendeter Weise getan hat, sondern es wurden meist unabhängig Ziele aufgestellt, für deren Erreichung die militär. u. wirtschaftl. Mitteln dann bereits ungenügend waren.
- 5.) Überschätzung der weiteren Einschränkungsmöglichkeiten der zivilen Fertigung und des Exports zu Gunsten der Rüstungsfertigung. Insbesondere werden die Gefahren nicht gesehen, die sich aus einer übermäßigen Drosselung der zivilen Bedarfsdeckung für die Gesamt-Kriegführung ergeben.

Ausätzliche Belastung daraus, daß wir den verbündeten Armeen, vor allem Finnland, Ungarn, Rumänien, Slowakei, Kroatien im Kampf gegen Rußland einen wesentlichen Teil ihres notwendigen Kriegsmaterials zur Verfügung stellen müssen.

Ab 1942 tritt nunmehr eine erneute, ganz wesentliche Verschärfung der gesamten Rüstungsfrage ein, einmal infolge der starken Reduzierung der Rohstoff-Zuteilung an die Wehrmacht, wo dann infolge der umfangreichen Verluste an Arbeitskräften, die die Rüstungsindustrie durch die umfangreichen Einberufungen zur Wehrmacht auf Grund der veränderten Kriegslage im Osten erleiden. Hierdurch wird die Rüstungsfertigung bereits im ersten Halbjahr 1942 ganz erheblich abnehmen.

Durch die Richtlinien des Führers vom 14.7.41. wurde, da man damals bereits mit einer Wende des Russenkrieges vor dem Winter rechnete, die Umsteuerung der Rüstung zu Gunsten der Luftwaffe in Hinblick auf den wiederanzuführenden Krieg gegen England befohlen. Ende Dezember 1941 mußte auf Grund der völlig veränderten Kriegslage im Osten eine erneute Umsteuerung der Rüstung wieder zu Gunsten des Heeres befohlen werden. Was das für die Luftwaffe bedeutet, geht daraus hervor, daß sie z.B. statt der angeforderten 12 000 Motor-Flugzeuge ab Januar nur noch etwa 3 000 Motor erhält. Das muß sich darin auswirken, daß sie nicht mehr in der Lage ist, ihre gegenwärtige, bereits abgesunkene Monatsproduktion aufrecht zu erhalten, und daß es ihr völlig unmöglich wird, die Parität allein mit der engl. Luftwaffe zu halten.

Über die Umsteuerung der Rüstung ist Anfang Januar 1942 ein neuer Führerbefehl ergangen. Gewisse Einschränkungen der Programme der Luftwaffe und der Marine, aber nicht in dem Maße, wie es auf Grund der erheblich verminderten Rohstoff-Zuteilungen erforderlich gewesen wäre. Das Flak-Programm soll in vollem Umfange durchgeführt werden.

Wieder einmal ein Befehl erteilt worden, der auf Grund der Gesamtlage undurchführbar.

Nahrungsmittelversorgung.

Ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die wichtigste Vorbedingung einer jeden Kriegswirtschaftspolitik.

Für die ungünstige Entwicklung der deutschen Kriegsernährungsfrage folgende Gründe maßgebend:

- 1.) Der starke Entzug von Arbeitskräften, insbesondere Fachkräften, die durch Kriegsgefangene und Ausländer nur

unvollkommen ersetzt werden können. Im Herbst 1941 waren in der Landwirtschaft etwa 1.5 Mill. Kriegsgefangene und Ausländer tätig. Der starke Arbeitskräfteentzug hat sich besonders deutlich im Herbst 1941 bemerkbar gemacht. So infolge mangels an Arbeitskräften Hunderte von Morgen Kartoffeln und Rüben im Boden geblieben.

Starke Belastungen auch durch die Winterufungen von Pferden zur Wehrmacht, die bei der Mobilisierung etwa 20% des Bestandes von 4.5 Mill. ausmacht.

Hinzu kommt die unzureichende Versorgung der Landwirtschaft mit Maschinen, Schlepplern und Lastkraftwagen, Treibstoff, Dünger und Kohle.

Der Zustand der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte verschlechtert sich zusehends, da Reparaturen zu lange dauern und neue Maschinen schwer zu bekommen sind.

Alle diese Faktoren tragen dazu bei, daß die landwirtschaftliche Erzeugung, wie auf Grund der Erfahrungen des Weltkrieges voranszusehen war, auch in diesem Krieg stetig absinkt.

2.) Die Witterung, die sowohl 1940 wie 1941 nicht günstig für die Ernte war,

Bereits im Erntejahr 1940/41 mußten auf Grund der ungünstigen Getreideernte in Höhe von 23 - 24 Mill.to (gegenüber 27.5 Mill.to 1939) die nationalen Getreidereserven, die bei Kriegsausbruch etwa 6.5 Mill.to betragen, weitgehend eingesetzt werden.

Im laufenden Erntejahr 1941/42 steht zur Ergänzung der Getreideernte nur noch ein kleiner Rest der Getreidereserve in Höhe von etwa 1/2 Mill.to zur Verfügung.

Kartoffelernte 1941 ebenfalls durch eine Reihe von Faktoren ungünstig beeinflusst: geringerer Ertrag infolge nassen Wetters, Mangel an Arbeitskräften, früher Frost.

Für das Altreich und die Ostmark wird die Kartoffelernte 1941 nur auf 43 Mill. to gegenüber 58 Mill. to im Vorjahr geschätzt.

Daher wesentliche Einschränkung des Futterkartoffelverbrauchs notwendig. Geschätzt, daß im laufenden Erntejahr dafür nur 10 Mill.to gegenüber 20 Mill.to im Vorjahr zur Verfügung stehen. Dies naturgemäß einschneidende Auswirkungen auf die künftige Fett-Fleischversorgung.

Infolge Ausfalls der bedeutenden Zufuhren an Fetten und Fettrohstoffen aus Übersee notwendig, die nationalen Fettreserven weitgehend einzusetzen.

Beim Vieh infolge des Futtermittelmangels bereits erhebliche Eingriffe in den Schweinebestand. Dieser im Verlauf des Krieges um 10 Mill. Stück gesunken. Also doch wieder Schweinemord wie im Weltkrieg. Gleichzeitig das durchschnittliche Schlachtgewicht erheblich zurückgegangen.

Die Zulieferung an Getreide und Vieh aus Südosteuropa ist teils infolge ungünstiger Witterung, teils infolge der Kriegsauswirkungen weit hinter den Abmachungen zurückgeblieben. Für das laufende Erntejahr wird hinaus nur mit einer Getreidezufuhr von 300 000 to geschätzt gegen 700 000 to im Jahre 1938.

Aus dem Generalgouvernement keine Zuschüsse an Getreide und sonstigen Lebensmitteln zu erwarten.

Die 600 000 to Getreide, die Frankreich im laufenden Erntejahr nach dem Waffenstillstandsabkommen liefern soll angesichts der dortigen angespannten Ernährungslage mehr als fraglich.

Die Erwartungen in große Lebensmittelfuhren aus dem besetzten russischen Gebiet, insbesondere der Ukraine, in keiner Weise erfüllt. Da fast keinerlei Sicherungstruppen zur Verfügung standen, war die geplante große Drusch- und Vieherfassungsaktion nicht durchzuführen. Außerdem hätte es sowieso an dem erforderlichen Treibstoff- und Transportraum gemangelt. Bisher nur verhältnismäßig geringe Mengen an Getreide und Vieh ins Reich, darüber hinaus nicht einmal möglich, wie vorgesehen, die Verpflegung des Ostheeres voll aus dem Lande sicherzustellen. Bei Brotgetreide wird die Verpflegung nur zu etwa 10%, bei Fleisch nur zu knapp 30% aus dem Lande möglich sein. Der weitaus größte Teil der Verpflegung muß also aus der Heimat nachgeschoben werden.

Ernstes Problem für die Zukunft die ungenügende Herbstbestellung in Mittel- und Südrussland, teilweise infolge mangels an Saatgetreide. Daher für die Ernte 1942 noch keinerlei Zufuhren nach dem Reich zu erwarten.

Die alte Erfahrung bestätigt, daß die landwirtschaftliche Erzeugung überall unter den Einwirkungen der Kriegführung absinkt.

Andererseits muß Deutschland an eine ganze Reihe europäischer Länder, die im Frieden von anderwärts versorgt werden, Getreidezuschüsse leisten. Im laufenden Erntejahr insgesamt 880 000 to. Durch diese Zusagen wird nur der Mindestbedarf der genannten Länder gedeckt. Vor dem Krieg haben diese Länder jährlich etwa 10 Millionen to Getreide aus Übersee eingeführt.

Im Weltkrieg betragen im Jahre 1918 die wöchentlichen Rationen des Normalverbrauchers bei Fleisch 250 gr., bei Fett 95 gr und bei Brot 1800 gr. Bei Fleisch und Brot sind also die Rationssätze von 1918 bereits nahezu erreicht.

Weit ernster als im Reich ist die Ernährungslage in einer Reihe besetzter Gebiete, vor allem in Griechenland, in Belgien und im Generalgouvernement. In Griechenland wurden die von Deutschland besetzten Gebiete durch die amerikanische Quäker-Organisation versorgt. Am schlimmsten z.B. die Verhältnisse in Athen, wo ein großes Flüchtlingssterben bis täglich 200 - 300 Menschen vor Hunger starben. Auch in Belgien beläuft der Militärbefehlshaber einen Gesundheitsverfall mit der Schichten der Bevölkerung. Zahlreiche Fälle von Hungerödemen, einer Unterernährung, die sich im Aufschwellen einzelner Glieder äußert. Im Generalgouvernement starke Zunahme der Tuberkulose. Dies 60% aller Krankheitsfälle auf Hunger zurückzuführen.

Die Ernährungslage des europäischen Kontinents muß sich langsam allmählich von Monat zu Monat verschlechtern. In ganz Europa geht der Viehbestand ständig zurück. In Finnland z.B. steht ab 1942 nur noch für die Wehrmacht, für Rasse und Kinder Fett zur Verfügung. In allen europäischen Ländern mit Ausnahme von Portugal und Schweiz muß heute das Brot rationiert werden. Besserung nur zu erwarten durch besonders gute Ernte in Europa für 1942. Sonst kann die Bevölkerung Europas im Jahre 1943 nur noch sehr schwer imstande sein, der Blockade standzuhalten.

Rohestoffversorgung:

Der Verbesserung der Rohestoffversorgung dienen folgende Maßnahmen:

- 1.) Steigerung der Eigenproduktion an natürlichen Rohstoffen und synthetischen Stoffen.
- infolge der ständigen Schwierigkeiten in der Versorgung mit Arbeitskräften, Produktionsmaschinen und -materialien sowie auf dem Gebiet des Transportes konnten Produktionssteigerungen

nicht erzielt werden. In Gegenteil treten auf wichtigen Gebieten wie Kohle, Eisenerzbergbau, Eisen- u. Stahlerzeugung, Metall-
erzbergbau, Produktionsrückgänge ein.

Gründe: Kräfteentzug durch Einberufungen, Leistungsrückgang infolge zu langer Arbeitszeit und Ernährung, zeitweise Nachtarbeiten und erhöhten Einsatz von Ausländern.

Beim synthetischen Treibstoff, beim Buna und Aluminium ebenfalls die Erzeugungsziffern hinter den Planungen zurückgeblieben.

Erkenntnis, daß gerade die Erzeugung synthetischer Stoffe unverhältnismäßig viel Arbeitskräfte, Kohle und Energie erfordert.

2.) Steigerung der Zufuhr aus den europäischen Ländern. Infolge der Rohstoffarmut der europäischen Staaten konnte diese Aufgabe, abgesehen von Belgien, nicht gelingen. Wesentliche Entlastung durch die amerikanische Kriegsgerät.

In Hinsicht auf eine längerfristige Lösung ist die Erkenntnis wichtig, daß die Versorgungsstruktur kontinentaleuropas (Europa ohne Rußland, baltische Staaten und Sizilien) gerade auf wichtigen Gebieten sehr ungünstig ist.

3.) Weiterführung der Umstellung von Angelrohstoffen auf genügend vorhandene bzw. Austauschrohstoffe.

Zunächst ging es nicht um das durch die Rohstofflage gegebenen Tempo an die Umstellung insbesondere von Kupfer auf Zink bzw. auf Stahl heran. Nachdem man sich innerlich mehr gezwungen war, von der Umstellung Gebrauch zu machen, entstand eine zunehmende Mangellage auch bei den Ausweichrohstoffen, insbesondere bei Zink. In vielen Fällen eine Umstellung technisch nicht möglich.

4.) Mobilisierung von Altmaterial.

Schrottsammlung, Entgitterungsaktion, die Metallpenden, Mobilisierung von Sparmetallen bei den Behörden sowie die Abnahme von Kirchenglocken. Die Ergebnisse lieferten gerade auf dem ge-
wichtigen Gebiet der A.B. -Metalle aus, um einige wenige Monats-
verbrauche zu decken. Nevardings die Aktionen durch Mangel an Arbeitskräften und Transportmöglichkeiten gehemmt. Die Mobilisierung von Altmetall aus der riesigen russischen Beute vorläufig auf Grund der Transportlage überhaupt nicht durchzuführen.

Akute Schwierigkeiten haben sich jedoch bei den Rüstungsrohstoffen bis etwa Ende 1941 nicht ergeben, da der Rohstoffmangel immer durch Schwierigkeiten auf anderen Gebieten, insbesondere in der Versorgung mit Arbeitskräften, bei weitem überdeckt wurde.

Eine bei Kriegsausbruch aufgestellte Rohstoffbilanz hatte das Ergebnis, daß bei sparsamem Verbrauch der Gesamtwehrmacht die Versorgung mit Rohstoffen für einen mindestens 2-jährigen Krieg als ausreichend angesehen werden konnte. Wie bereits oben erwähnt, durch die Deute weiter hingestreckt.

Ab 1942 erfolgen nun bei den wichtigsten Rüstungswirtschaftlichen Rohstoffen infolge Erschöpfung der Vorräte wesentliche Einschränkungen der Zuteilungen an die Bedarfsträger. Im Laufe des Jahres 1942 und noch mehr im Jahre 1943 wird das Rohstoffproblem in den Vordergrund der deutschen Rüstungswirtschaft treten. Entsprechend wird das jetzt die Lage beherrschende Menschenproblem mehr und mehr zurücktreten. Mit der Dauer des Krieges muß die deutsche Rüstung, auf Grund des zunehmenden Rohstoffmangels, mehr und mehr erlahmen.

K o h l e :

Kohle gehört zu den wenigen Rohstoffen, über die der europäische Raum verhältnismäßig reichlich verfügt. Deutschlands Zuwachs an Kohle durch Polen, Holland, Belgien und Nordfrankreich wieder ausgeglichen durch die Notwendigkeit, auf Grund der Blockade fast ganz Europa mit Kohle zu versorgen. Hier vor allem die Lieferungen an Italien in Höhe von etwa 1 Mill. t monatlich. Neuddings noch die hohen Anforderungen für die besetzten russischen Gebiete hinzugesetzt, da dort keinerlei Kohle vorkommt. Durch den Kohlenmangel können auch diese Gebiete nur schwer versorgt werden.

Die Steigerung der Kohlenherzeugung nicht gelungen. Trotz Erhöhung der Belegschaften keine nennenswerte Zunahme der Kohlenförderung. Die Gründe liegen in erster Linie in dem ständigen Leistungsrückgang der Belegschaftsmitglieder, der geringen Leistungen der ausländischen Arbeiter, der ungenügenden Ernährung, den zeitweiligen häufigen Fliegeralarmen. Schwierigkeiten in der Belieferung des Bergbaues mit den notwendigen Geräten

Hierzu treten Transportschwierigkeiten. Im Winter 1941/1942 nahmen Schwierigkeiten bedenkliche Ausmaße an. Auf allen Gebieten der Industrie mußten erhebliche Kürzungen des Kohlenverbrauchs vorgenommen werden. Die unmittelbare Folge hiervon Betriebseinschränkungen und -stilllegungen und damit Absinken der Leistungen. So ist z.B. die Hochtafelherzeugung um 20% abgesunken.

Für das kommende Kohlenwirtschaftsjahr wird ein Steinkohlenfehlbedarf von 32% der Vorräte geschätzt.

Es ist bereits jetzt deutlich zu erkennen, daß all die großen Planungen schon aus Kohlen Gründen nicht voll durchführbar sind.

1.1.-Metalle:

Neben Treibstoff stellen die 1.1.-Metalle heute den bedrohlichsten Engpaß in der deutschen Rüstung dar. Zwischen beiden zwei wichtige Unterschiede:

- 1.) während Treibstoff unmittelbar auf die operative Kriegsführung einwirkt, ist dies bei einem Mangel an Metallen immer nur mittelbar auf dem Wege über die Rüstungsfertigung, und erst nach einem längeren Zeitraum von 6 - 12 Monaten der Fall.
- 2.) während Treibstoff endgültig verbraucht wird, bleiben die Metalle immer bis zum Teil erhalten.

Deutschlands Eigenherzeugung an Metallen ist nur gering. Ebenfalls die Zufuhren aus dem europäischen Raum - mit Ausnahme der Kupferzufuhren aus Jugoslawien - von nur geringer Bedeutung. Trotzdem ist es gelungen, mit Hilfe der vorhandenen Vorräte, der verschiedenen Metall-Bankett-Aktionen, Transit-Einfuhren über Rußland und vor allem der Beute bei den wichtigsten Mangelmetallen ernste Versorgungsschwierigkeiten bis etwa Ende 1941 im großen und ganzen zu vermeiden, wenn auch ständig die Anforderungen weit höher als bis zur Verfügung gestellten Mengen waren.

In t:

Vorräte b. Kriegsausbruch

Kupfer	20 500
Zinn	3 100
Nickel	1 900
Aluminium	13 400
Chrom	6 842
Molybdän	1 415
Wolfram	1 570

Ab 1942 wird auf Grund der völligen Erschöpfung der Vorräte die Rüstung in ständig zunehmendem Maße durch den Mangel an Metallen beeinträchtigt. In Russland sind wir mit Ausnahme der Langenarz-Gruben von Isopol an wichtigen Metallvorkommen nicht herangekommen. Die deutsche Metall war in Russland bisher unbedeutend.

In den kommenden Quartalen erfolgt daher eine weitere Herabsetzung der Zuteilungen.

Die Kupferversorgung besonders gefährdet. Da Kupfer in fast allen Kriegsgeräten enthalten ist, kann man annehmen, daß das Rüstungsvolumen, wenn auch immer um eine Reihe später, in dem gleichen Verhältnis absinken wird.

Zu einem immer größeren Umfang entwickelt sich die Versorgung mit Stahllegierungsmetallen, insbesondere Chrom, Molybdän und Wolfram. Es mußte bereits der Legierungsgehalt der Stähle herabgesetzt werden. Hieraus vor allem Gefahren für die Panzerwaffenfertigung sowie für die Fertigung panzerbrechender Waffen, die angesichts der Stärke der Russen auf diesem Gebiete besonders ernst zu beurteilen sind.

Bei den Leichtmetallen, Aluminium und Magnesium, war auf Grund ihrer Vorkommen im europäischen Raum die Versorgung an sich besser gesichert als bei den meisten anderen Metallen. Aber auch hier aus den hohen Anforderungen für den Flugzeugbau bei Aluminium schwere Probleme. Die Produktion kann nicht gerechnet werden, daß bei Aluminium die Versorgungslage infolge des ständigen Ausbaus der Erzeugungslinien immer günstiger wird.

Kautschuk und Gummi

Bis Ende 1941 noch keine besonderen Schwierigkeiten. Sinnvoll waren nicht unbedeutende Vorräte in Höhe von 19 400 to vorhanden; hierzu die Kriegsbeste in Bestandzug von 12 000 to sowie Einfuhren aus dem europäischen Raum, neuerdings auch Zugänge durch Blockadebrecher. Die europäische Produktion steigt stetig an, wenn sie auch wesentlich hinter den Anforderungen zurückbleibt. 1942 wird die monatliche Produktion 8 500 to erreichen gegenüber einer Planungszielwert von 10 000 to.

Die gesamtweltigen Naturkautschuk-Bestände reichen für die Verarbeitung der anfallender Buna-Produktion bis etwa zum Juni 1943. Die Kautschuk-Versorgung von dann ab ist

abhängig von dem Verbleiben weiterer Blockadebrecher.
In der Kalfenver- und Ostsees sind bisher noch keine Schwierigkeiten eingetreten. Der Kalfenverschleiß war im Osten geringer als man ursprünglich angenommen hatte.

Pulver und Sprengstoffe

Schwierigkeiten in der Munitionsvorsorgung sind bisher, selbst auch während des letzten Jahres, - im Gegensatz zum Weltkrieg - nicht eingetreten. Die Pulverproduktion lag immer über dem Verbrauch; die Sprengstoffproduktion lag nur vorübergehend für 3 Monate unter dem Verbrauch.

Wenn allerdings das neue Flakprogramm voll durchgeführt werden soll, würden die zur Verfügung stehenden Pulver- und Sprengstoffmengen nicht ausreichen.

Spiritus:

Bis zum Herbst 1941 kaum nennenswerte Schwierigkeiten. Auf Grund der schlechten Kartoffelernte mußte jedoch scharfe Einschränkung der Spirituszeugung vorgenommen werden. Die hierdurch erforderliche Brosselung der Spritzteilung an die Industrie ist von einschneidender Auswirkung an die Erzeugung von Hochleistungs-treibstoffen, synthetischem Schmieröl, Buna, Flakpulver, Frostschutzmittel.

Stickstoff:

Die Stickstoffversorgungsfrage ist im Zeichen steigender Anspannung. Einerseits kommen die Forderungen der Landwirtschaft für Düngemittel zu, auf Grund des Bedarfs der neuen Ostgebiete, andererseits steigt der Bedarf der Rüstungswirtschaft, in erster Linie für die Pulver- und Sprengstoffherzeugung. Auf Grund der sich ständig verschlechternden Ertragslage wurden die Forderungen des M.L.V. auf Erhöhung der Stickstoffteilung immer dringlicher. Dies vornehmlich durch Verzicht der Wehrmacht auf eine Erhöhung der Stickstoffteilung, was in erster Linie zu Lasten der Pulver- und Sprengstoffherzeugung und nicht in den besetzten Gebieten und im letzten Jahr noch in gewissen Frei. Ihre Ausnutzung stößt jedoch auf erhebliche Schwierigkeiten bei der Anlieferung.

Isostearische Öle und Seife:

Diese werden zum größten Teil, zu über 50% für Seife, zu etwa 15% für Schmierstoffe, zu etwa 10% für ...

für Kunst und andere Zwecke gebraucht. Der bereits gedrosselte Jahresbedarf beträgt etwa 240 000 to. 1941 konnte dieser noch einigermaßen gedeckt werden; 1942 besteht ein Fehlbedarf von 54 000 to. Man rechnet mit einem Eingang von 5 bis 10 000 Leinwand aus den besetzten russischen Gebieten, für 1943 mit einem Eingang von etwa 40 000 to Leinwand.

Der sehr geringe Fettgehalt der Kriegsseife muß noch weiter herabgesetzt werden.

Spinnstoffe:

Die vorhandenen Reserven gehen endgültig ihrem Ende entgegen. Die letzten Quantitäten sind für das große Tropenausrüstungsprogramm abzurufen. In Rußland keine nennenswerten Vorräte erbeutet.

Es muß damit gerechnet werden, daß ab 1942 nicht nur die Deckung des Bedarfs der Zivilbevölkerung, sondern auch die der Wehrmachtbekleidung, vor allem durch den starken Verschleiß im Osten, auf zunehmende Schwierigkeiten stoßen wird. Die einzige Reserve nur noch des im Besitze der Zivilbevölkerung befindliche Altmaterial.

Leder:

Ähnlich wie bei den Spinnstoffen. Allerdings konnten in Ausland erhebliche Mengen an Leder und Häuten erbeutet werden. Angesichts des ungeheuren Schuhwerkverschleißes im Ostfeldzug wird aber die Versorgung der Gruppe mit Stiefeln immer schwieriger werden. Teilweise sind die Gruppen des Ersatzheeres nur noch mit Schnürschuhen, nicht mehr mit Stiefeln ausgestattet.

Mit zunehmender Dauer des Krieges wird die Versorgung der Gruppe und der Zivilbevölkerung mit Bekleidung und Schuhwerk ein immer ernsteres Problem werden.

Freibstoffversorgung:

Deutschland verfügte bei Kriegsausbruch über nicht unbeträchtliche Vorräte. Diese entzogen bei

Vergaser-Freibstoff	451 000	to
Liesol	991 000	"
Flugbenzin	492 000	"
Heizöl	475 000	"
	<hr/>	
	2 409 000	to

Hinzu kam im Jahre 1940 die Beute in Norwegen, Holland, Belgien und Frankreich. Diese betrug außer den Mengen, die die Gruppe während der Operationen laufend verbrauchte, bei

Vergaser-Driftstoff	363 000	to
Diesol	65 000	"
Flugbenzin	222 000	"
Heizöl	150 000	"

Die Einfuhren aus Rußland konnten wesentlich gesteigert werden. Vor allem erfolgten aber bedeutende Zugänge aus Rußland auf Grund der abgeschlossenen Wirtschaftsabkommen.

Die deutsche Mineralöl-Erzeugung konnte von 4.7 Mill. to im Jahre 1940 auf 5.6 Mill. to im Jahre 1941 gesteigert werden und soll 1942 die Höhe von 6 Mill. to erreichen.

Bis zum Beginn des Ausdauerfeldzuges haben sich daher ernste Schwierigkeiten in der Treibstoffversorgung nicht ergeben.

Allerdings von Monat zu Monat zunehmende Anspannung, die zu erheblicher Erschöpfung der Beständen an die Wirtschaft, sowie zuständigen Rückgriff auf die Vorräte zwang.

Eine völlig neue Lage entstand seit Beginn des Russenfeldzuges. Wesentliches Ziel desselben war bekanntlich, durch Eroberung der kaukasischen Ölfelder die Treibstoffversorgung auf unbeschränkte Zeit zu gewährleisten. Dies ist jetzt nicht gelungen.

Zur Deckung des Treibstoffverbrauchs für die militärische Operation in Rußland, die schon bevor Rußlands 3 Monate angenommen waren, wurden die gesamten Vorräte an Vergaser- und Diesol-Driftstoff aufgebraucht. Es müßte nun die Lieferungen aus Rußland, wenn nicht gewisse Schwierigkeiten auf allen Treibstoff-Ärtern, mit Ausnahme des Flugbenzins, eintreten sollten. Denn von dort konnte nur noch die deutsche und die rumänische Erzeugung für die Deckung des Bedarfs zur Verfügung.

Nach dem Ausfall der russ. Einfuhren kam die transportmäßige Sicherung der rumän. Einfuhren zum entscheidenden Bedeutung für die weitere Kriegsführung zu.

Bis Ende 1941 ist es jedoch gelungen, die Treibstoff-Anforderungen für den Ostkrieg zu decken.

Die Luftwaffe verfügte bei Kriegsausbruch über hohe Flugbenzin-Bestände, später noch durch Beute vermehrt, sodaß die

Versorgungslage immer sehr günstig war. Im Verlauf des Jahres 1941 verschlechterte sich jedoch infolge des ständigen hohen Verbrauchs im Osten auch hier die Versorgungslage erheblich, so daß man zu rigorosen Kürzungen vorzugehen, insbesondere an die Flugzeugindustrie (zum Beispiel der Apparate), sowie an den Schulungsbetrieb schreiten mußte. Aber sogar der operative Einsatz der Luftwaffe muß jetzt bereits aus Betriebsstoffgründen gedrosselt werden. Jede Vergrößerung der Luftwaffe ist daher schon aus Treibstoffgründen absolut unmöglich. Aus dieser Entwicklung in Hinsicht auf den stetigen Ausbau der engl. und vor allem amerikanischen Luftwaffe bedeutet, braucht nicht hervorgehoben zu werden.

Flugbenzinbestände in 1 000 to

Ende 1939	511
" 1940	613
" 1941	254
erforderliche Umlaufmenge	210

Auch die Kriegsmarine verfügte bei Kriegsausbruch über relativ hohe Bestände an Heizöl und Diesel-Kraftstoff. Bis Ende 1941 sind diese aber bereits unter die Grenze der erforderlichen Umlaufmenge abgesunken. Die deutsche Kriegsmarine hat 1941 96 000 to Heizöl an die ital. Kriegsmarine für den Geleit-schutz nach Lybien abgeben müssen.

Auf Grund der mangelhaften Betriebsstofflage ist die deutsche Kriegsmarine nicht mehr in der Lage, einen Großschiffseinsatz durchzuführen. Bestände an Dieselkraftstoff in 1 000 to

Ende 1939	334	610
" 1940	521	256
" 1941	190	85
erforderliche Umlaufmenge	310	90

Neben der eigenen Treibstoffversorgung muß Deutschland auch die seiner Verbündeten sicherstellen.

Im Vordergrund die Versorgung Italiens, das nahezu völlig auf ausl. Zufuhren angewiesen. Die Anforderungen Italiens konnten nur in ständig geringer werdendem Maße erfüllt werden. Die zunehmende Aktionsunfähigkeit der italienischen Flotte bedeutet eine zunehmende Lähmung der Achsen-Verkehrsführung im Mittelmeer.

Die rumän. Ausfuhren blieben zunehmend hinter den Flamm-
gen zurück. In Hinsicht auf eine längere Kriegsdauer ist folgendes
wichtig:

Wie Sachverständige festgestellt haben, ist eine wesent-
liche Erhöhung der gegenwärtigen rumän. Mineralöl-Produktion
nicht mehr möglich. Ab 1943 muß mit einem stetigen Absinken der
Produktion gerechnet werden. Da die gesamten Vorkommen ihrem Ende
entgegengehen.

Ab 1942 wird die deutsche Kriegführung durch zunehmenden
Freibstoffmangel gelähmt.

Bereits die Verteidigung im Osten erforderte allein im
Januar 1942 100 bis 120 000 to, während für das Ostheer zunächst
nur noch 48 000 to zur Verfügung gestellt werden konnten.
Was darüber hinaus für das Ostheer bereitgestellt wurde, war für
die operative Reserve bestimmt. Dieser Mehrverbrauch im Osten war
nur möglich auf Grund der Bestände des Gen.Qu.

Spätestens im März wurde infolge Aufzehens dieser Be-
stände der Freibstoffnachschub selbst für die defensive Krieg-
führung gefährdet sein, wenn nicht weitere Einschränkungen in den
Zuteilungen an die Wirtschaft und die besetzten Gebiete erfolgen.

Woher der zusätzliche erhebliche Freibstoffbedarf für die
geplanten Offensiv-Operationen 1942 g deckt werden soll, weiß
niemand.

Hierbei muß man sich darüber klar sein, daß eine weitere
Kürzung der Zuteilungen an die Wirtschaft unmittelbar die Rüstungs-
fertigung beeinträchtigen muß.

Bei Diesel-Kraftstoff ist die Lage nicht besser. Der Be-
darf für den reinen U-Boot-Krieg wird immerhin noch weiter sicher-
gestellt werden können.

Die Lage bei Flugbenzin ist relativ am wenigstens ungünstig,
wenn auch hier bereits die operative Bewegungsfreiheit der Luftwaffe
stark eingeengt wird.

Sollten wir noch in den Besitz der russ. Erdölvorkommen
gelangen, so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß diese aufs gründ-
lichste zerstört und wir viele Monate brauchen, bis sie wieder in
Gang gebracht sind. Wichtig auch, ob die erforderlichen Raffinerien
zur Verfügung stehen würden. Am schwierigsten jedoch die Transport-
frage, sowohl für den Transport der erforderlichen Geräte zu den

Erdölgebieten, aber weit mehr noch für den Abtransport des Mineralöls. Schon jetzt klar, daß ein Abtransport des kaukasischen Mineralöls nach dem Westen in S.W. unmöglich ist, kann hier nur der Seeweg über das Schwarze Meer via Odessa in Frage kommen. Hierzu müssen genügend Tankdampfer zur Verfügung stehen und Odessa muß erst zu einem Mineralöl-Umschlagshafen ausgebaut werden.

Diese Überlegungen zeigen die ungeheuren Schwierigkeiten, die selbst dann noch zu überwinden wären, wenn wir einmal in den Besitz der kaukasischen Ölfelder kommen sollten.

Eins aber sicher: ohne das russ. Öl können wir selbst den geringen in unserer Hand befindlichen Raum bei weitem nicht vollkommen ausnutzen. Aber vor allem: ohne das russ. Öl muß die deutsche Kriegführung von jetzt ab in ständig zunehmendem Maße erlahmen.

Menschenversorgung:

Deutschland trat im Sept. 1939 in den Krieg mit einer bereits Nussert angespannten Arbeits-Einsatz-Lage. Für 1939 wurde der Gesamtfehlbedarf an Arbeitskräften bereits auf rund 1 Million geschätzt. Ganz besondere Schwierigkeiten bereitete die Versorgung mit Facharbeitern.

Im Verlaufe des Krieges hat sich die Deckung des Facharbeiterbedarfs der Rüstungsindustrie als das schwierigste Problem der ges. Kriegswirtschaft herausgestellt.

Gründe: Infolge der ständigen Ausweitung der Kriegsschauplätze besonders starke Wehrmacht notwendig.

Auf der anderen Seite aus dem ungeheuren Materialbedarf einer auf das Höchste motorisierten und mechanisierten Wehrmacht.

Die Ersatzverhältnisse der Truppe zunächst insofern schlecht, als in erster Linie nur auf die 5 Jahrgänge 1914-1918 als modern ausgebildete Reserven zurückgegriffen werden konnte.

Somit ergaben sich 2 Hauptaufgabengebiete: Auf der einen Seite der Menschenausgleich zwischen Truppe und Kriegswirtschaft in der Heimat und auf der anderen Seite der Arbeitseinsatz in der Kriegswirtschaft.

Bei Kriegsausbruch hatte man große Erwartungen auf die Mobilisierung der Frauen-Reserven gesetzt, die auf 3.5 Mill.

Geschützt wurde. Diese Reserve konnte bisher nicht mobilisiert werden, einmal weil ein großer Teil nicht einsatzfähig ist, dann auch, weil es vielfach an der Einsatzbereitschaft mangelte, was bei den Frauen von Einberufenen im wesentlichen auf die relativ hohe Familienunterstützung einerseits und auf die Abzüge von der Familienunterstützung im Falle eines Arbeitsverdienstes von der Frau andererseits zurückzuführen war. Trotz aller Maßnahmen sind in der Wirtschaft 280 000 deutsche Frauen weniger tätig als bei Kriegsausbruch.

Wesentliche Entlastung durch den Einsatz von Ausländern und Kriegsgefangenen.

An Ausländern Ende 1941 über 2 Mill. in der deutschen Wirtschaft tätig, die sich auf 27 Nationalitäten verteilt. Leistung der Ausländer aber erheblich unter der der deutschen Arbeiter. Als gleichwertig gelten nur Franzosen und Belgier.

An Kriegsgefangenen waren Ende April 1941 etwa 1.4 Mill. in der deutschen Wirtschaft eingesetzt.

Alle diese Maßnahmen haben wohl wesentliche Entlastung gebracht, jedoch nicht ausgereicht, den Kräftebedarf der Industrie für die Durchführung der großen Rüstungsprogramme zu decken. Ende 1941 betrug die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte in Deutschland 23 Mill. gegenüber 24 Mill. vor Kriegsausbruch.

Hinzu kommt ein stetiger Leistungsrückgang. Zu Beginn des Jahres 1942 folgendes Bild:

Der in der kriegswichtigen Industrie bestehende Fehlbedarf von 500 000 Mann erhöht sich um die Zahl der ab Januar erfolgten Einberufungen.

Um den Fehlbedarf zu decken, soll der Russeneinsatz durch Kriegsgefangene und zivile Arbeiter sowie Ausländerheranziehung aus den besetzten Gebieten gesteigert werden.

Hierdurch aber weitere schwere Belastung der deutschen Ernährungslage.

Das Menschenproblem steht daher noch z.Zt. an der Spitze der Probleme der deutschen Rüstungswirtschaft. Da die vorgesehenen Maßnahmen nur Teilerfolge sein können, wird in ersten Halbjahr 1942 mit einem erheblichen Abfall der Rüstungsfertigung gerechnet werden müssen. Im weiteren Verlauf des Jahres 1942 und vor allem 1943 wird jedoch das Menschenproblem allmählich gegenüber dem Ernährungs- und Rohstoff-

treten.

Transportwesen:

Transportsystem wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Kriegsführung. Einmal die Truppentransporte, dann Nachschubbedarf, vor allem die riesigen Entfernungen, der stark gestiegene Transportbedarf für die Versorgung der Zivilbevölkerung.

Hauptbedeutung beim Transport kommt der Eisenbahn zu, auf die etwa 80% aller Transporte entfallen.

Der Krieg gegen Rußland brachte neue, ausserordentliche schwierige Aufgaben auf dem Transportgebiet. Da die Russen den größten Teil ihrer Lokomotiven und Waggons zurückgeführt haben, sind wir gezwungen worden, die russ. Hauptstrecken auf Normalspur umzunageln. Hieraus ergab sich die Notwendigkeit, eine hohe Zahl von Lokomotiven und Waggons sowie Bahnpersonal für die besetzten Ostgebiete zur Verfügung zu stellen. Hierdurch eine neue, ungeheure Belastung der schon allgemein schwierigen Transportlage. Der Neubau von Lokomotiven und Waggons kann kaum eine Entlastung bringen, da er in der Hauptsache nur den laufenden Verschleiß deckt.

So entwickeltesich mit dem immer weiteren Vorrücken nach Osten eine ausgesprochene Eisenbahn-Transportkrise, zu der noch die ungeheuren Schwierigkeiten im Law-Transport traten. Daraus ergeben sich wiederum kaum noch zu bewältigende Nachschubschwierigkeiten, die teilweise die milit. Operationen stark hemmten. Das Nachschub-Problem/entscheidend Anteil daran, daß es uns nicht gelungen ist, die Russen nach Beginn des Winters entscheidend zu schlagen.

Zwangsläufig müssen die Nachschubversorgung im Osten wie auch die gesamtdeutsche Transportlage mit jedem weiteren Vorrücken immer schwieriger werden.

Im Winter 1941/42 hat sich die Transportlage auch durch die hohen Anforderungen weiter stark zugenutzt. Ende Febr. 1942 lagen etwa 180 wichtige Pflanzungsbetriebe wegen Kohlen und Energie-mangels gänzlich still.

Bei der Reichsbahn steht das Lokomotiven-Problem im Vordergrund. Von insgesamt 39 000 Lokomotiven sind 5 000 im Osten eingesetzt und 5 000 in Reparatur. Demgegenüber verfügt s.B.

England allein im Mutterland über 40 000 Lokomotiven. Die Folge dieser Lokom. ist, daß die tägl. Wagengestellung von 150 000 auf 100 000 zurückgegangen ist, daß also nur 2/3 des Waggonbestandes bewegt werden können. Die Lokomotivenschäden im Osten sind besonders auf die hohen Kältegrade, denen unsere Lokomotiven nicht angepaßt sind, zurückzuführen.

Auf die Binnenschifffahrt sind im Frieden etwa 17% der transport. Güter entfallen. Ihr Nachteil ist, daß sie während des Winters teilweise ausfällt. Auch sie ist durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen, weil sehr viele Schiffer zur Wehrmacht einberufen und auch zahlreiche Schiffe für militärische Zwecke beschlagnahmt sind.

Die Seeschifffahrt spielt infolge der brit. Seeblockade nur eine verhältnismäßig geringe Rolle.

Bei den Lastkraftwagen erreichten die Einberufungen zur Wehrmacht etwa 70% des Gesamtbestandes. Die Folge ist, daß die Wirtschaft und Rüstungsindustrie ständig unter einem außerordentlichen Mangel an Lkw leiden. Lage verschärft durch den hohen Ausfall an Lkw im Osten - von den im Osten eingesetzten 600 000 Kraftfahrzeugen bisher weit über die Hälfte ausgefallen - sowie dadurch, daß das Lkw - Kriegsprogramm nicht in der Lage ist, den anfallenden Bedarf zu decken.

Der Russenfeldzug hat bewiesen, welche ungeheure Bedeutung gerade in techn. Krieg einseitig ein gebauten Transportapparat zukommt.

Der Ausbau des Transportapparates ist genau so wichtig wie der Ausbau der Rüstung selbst. Dies im ganzen bisherigen Verlauf des Krieges von der Führung nicht genügend erkannt worden. Man kümmerte sich dort in erster Linie immer nur um die Deckung des unmittelbaren Kriegsbedarfs. Es mußte erst zu dem Zusammenbruch der gesamten Nachschub-Organisation im Osten kommen, bis man dort die Notwendigkeit einer Gleichstellung des Transportwesens mit der Rüstung selbst erkannte.

Wehrwirtschaftlich bedingte Mängel in der Fertigung wichtiger Kriegsgeräte, die die operative Kriegführung beeinträchtigen.

Im ganzen bisherigen Krieg hatte die Rüstung mit zahlreichen Mängeln und Reibungen zu kämpfen, die sich hemmend auf die Fertigung auswirkten. Dies ist jedoch eine Erscheinung, die zu allen Zeiten und bei allen Kriegführenden Staaten zu finden sein wird, und ist daher nicht weiter schwer zu nehmen. Ernster ist aber zu beurteilen, wenn durch wehrwirtschaftlich bedingte Mängel in der Fertigung wichtiger Kriegsgeräte die operative Kriegführung, wie es in Deutschland bereits auf verschiedenen Gebieten, teils mehr, teils weniger der Fall ist. Die Gründe hierfür liegen bei allen 3 Wehrmachtteilen in dem ungenügenden Vorhandensein von Arbeitskräften, Fertigungskapazitäten und Rohstoffen, insbesondere N.E.-Metalle.

Heeresgerät :

Infolge Mangels an N.E.-Metallen ist es nicht möglich, das Programm der schnellen Truppen sowie das Pak-Programm zu erfüllen. Das Programm der schnellen Truppen besteht darin, nicht nur die riesigen Verluste PzW. und Lkw in Rußland durch Feindeinwirkung und Verschleiß zu decken, sondern darüber hinaus die Zahl der Panzerdivisionen auf 30, die der motorisierten Divisionen auf 15 zu erhöhen. Dies ist auch nicht im entferntesten möglich. Statt 10 neuer Panzerdivisionen können bis zum Sommer 1942 höchstens 3 aufgestellt werden. Außerdem können die bestehenden Panzerdivisionen nicht voll aufgefüllt werden.

Desgl. nicht möglich, bis zum Sommer die geforderte Zahl von schweren Pak bereitzustellen, die allein gegen die schweren russ. Panzer aufkommen können. Der Nachteil der z.Zt. bei der Panzerabwehr als Aushilfsmittel benutzten Flak besteht darin, daß sie zu schwer und unbeweglich, zu hoch und zu sichtbar ist und außerdem andere Aufgaben als die Panzerabwehr hat. Bei der Entwicklung der panzerbrechenden Waffen macht sich in zunehmendem Maße der Wolfram-Mangel bemerkbar. Diese Lage kann schwerwiegende Auswirkungen auf die kommenden Sommeroperationen in Rußland haben angesichts der Überlegenheit der Russen in der Fertigung der Panzerwaffe. Die Russen stellen z.Zt. 900 PzW. (geschätzt) im Monat her, während wir bei 500 liegen und kaum in der Lage sein werden, diese Zahl wesentlich zu steigern.

Durch eine ungenügende Ausstattung der Truppe mit Kfz. ist die operative Kriegführung bisher noch nicht beeinträchtigt worden. Die Bewegungen der Truppe vorn sowie ihr Nachschub wurden aber - abgesehen von anderen Gründen - zu unzureichendem Kfz.-Ersatzteile-Nachschub auf Grund der Transportschwierigkeiten stark gehemmt. Ein großer Teil der Pkw. fiel allein deswegen aus, weil keine Ersatzteile zur Hand waren. Erschwerend hierbei die außerordentliche hohe Zahl von Kraftfahrtypen, die naturgemäß auch große Verschiedenartigkeit in den Ersatzteilen zur Folge hat. Die Russen haben es hierbei viel leichter, da sie nur ganz wenige Typen haben. Angesichts des hohen Verschleißes im Osten kommt für die weitere Kriegführung einer ausreichenden Ersatzteilfertigung in der Heimat neben der Frage ihres Nachschubes zur Front entscheidende Bedeutung zu.

Ferner hat sich herausgestellt, daß die leichten russ. 1 1/2 to Kkw für die russischen Wegeverhältnisse viel geeigneter sind als die schweren deutschen 3 und 4 1/2 to Lkw.

Bisher ist es bei weitem nicht möglich gewesen, den im Ostfeldzug eingetretenen Ausfall an Kfz. durch Neufertigung auszugleichen. Zusätzliche Schwierigkeiten entstehen dadurch, daß nicht alle fertiggestellten Kfz. bereit werden können. Die bisherige Kfz.-Erzeugung liegt 20% höher als die Bereifungsmöglichkeiten.

Auf dem Gebiet der Kfz.-Erzeugung hat sich als ein wichtiger Mangel erwiesen, daß wir zu viel kleine Fabriken haben, wodurch die Fertigung nicht rationell erfolgen kann. Welcher Nachteil hier vor allem gegenüber USA besteht, wird durch folgenden Vergleich illustriert:

1939 wurden in USA 5 000 000 Kfz. in 10 - 12 Fabriken, in Deutschland dagegen 400 000 Kfz. in mehr als 40 Fabriken hergestellt.

Luftwaffengerät:

Die beabsichtigte Verdoppelung des Flugzeugbestandes ist nicht durchführbar auf Grund des ungenügenden Vorhandenseins von Arbeitskräften, Fertigungskapazitäten und Rohstoffen, insbesondere Kupfer und Aluminium. Die Luftwaffe fordert bei Verdoppelung des Flugzeugbestandes für das I. Quartal 1942 12 000 to Kupfer monatlich, kann aber z.B. für Januar 1942 nur 3200 to bekommen.

Allerdings wirkt sich in der Flugzeugproduktion eine Herabsetzung der Rohstoffzuteilung immer erst etwa 9 - 12 Monate später in der Zahl der fertiggestellten Flugzeuge aus.

Die monatliche Produktion an Frontflugzeugen ist bereits von ihrem Höhepunkt im Jahre 1941 von 1100 Stk. auf 900 Stk. im Dez. 1941 und weiter auf 810 Stk. im Januar 1942 abgesunken. Die Produktion wird im Verlauf des Jahres 1942 schon auf Grund der absinkenden Rohstoffzuteilung weiter zurückgehen, wenn man sich nicht entschließt, das in Konkurrenz zum Flugzeugprogramm stehende Flak-Programm zu drosseln. Dem steht vorläufig die Forderung des Führers gegenüber, das Flakprogramm ohne Einschränkung durchzuführen. Diese Forderung beruht vor allem auf der Befürchtung, daß in absehbarer Zeit schwere Luftangriffe der Engländer und Amerikaner erfolgen.

Die ungünstige Entwicklung der Flugzeugproduktion ist besonders ernst zu beurteilen, angesichts des starken Verschleißes der Flugzeuge durch den intensiven Einsatz auf vielen Kriegsschauplätzen und die damit stark erhöhten Einsatzzeiten. Hinzu tritt die ungünstige Reparaturlage, da Flugzeug-Motoren einen großen Engpass darstellen. Wegen Mangels an Motoren ist eine große Zahl von Frontflugzeugen nicht einsetzbar.

Die Auswirkungen des Absinkens der Flugzeugproduktion auf die weitere operative Kriegführung werden besonders deutlich, wenn man sich die Flugzeugproduktion der Gegner vor Augen hält. Die Russen stellen z.Zt. 500 Frontflugzeuge im Monat her und werden diese Zahl im Verlauf des Jahres 1942 wohl auf 720 steigern können (geschätzt). Die Engländer liegen z.Zt. bei einer Monatsproduktion von 1000 Frontflugzeugen, allerdings mit Hilfe amerikanischer Zu- und Unterlieferungen. Die Amerikaner sollen im Laufe des Jahres 1942 auf eine Monatsproduktion von 2000 Flugzeugen (Front) kommen, das wären insgesamt etwa 3700 Flugzeuge monatlich gegenüber etwa 800 deutschen.

Infolge des in jedem Kriege üblichen Wettstreites der Luftwaffen um die besten Typen mußten auch bei uns ständig neue Typen herausgebracht werden. Dies stört den Serienbau und verlangsamt die Produktion. Die damit ebenfalls verbundene ständige Änderung der Ersatzteile stört wiederum die Durchführung von Reparaturen.

Aus den gleichen Gründen ist auch beim Flak-Programm die Durchführung in dem durch die Kriegslage gebotenen Ausmaß nicht möglich. Aus Mangel an Arbeitskräften, Fertigungskapazitäten und vor allem Rohstoffen, wie Kupfer, Aluminium, Chrom, Wolfram kann den gefährdeten Gebieten nicht ausreichender Flak-Schutz gegeben werden. Angesichts des nicht genügenden Vorrats an Geschützen und insbesondere Feuerleitgeräten können nur die wichtigsten gefährdeten Zonen geschützt werden. Die geplante Umstellung der Feuerleitgeräte von Leichtmetall auf Stahl stößt auf die allergrößten Schwierigkeiten, da hierfür andere Herstellungsmaschinen erforderlich sind, also der ganze Maschinenpark erneuert werden müßte. Außerdem würde durch die Umstellung viel Zeit verloren gehen, sodaß die Luftwaffe diese Umstellung bisher abgelehnt hat.

Wegen des Mangels von Feuerleitgeräten ist man gezwungen, 6 statt wie bisher 4 Flakgeschütze auf ein Feuerleitgerät zu schalten, wodurch die Treffsicherheit leidet.

Da die Flugzeuge sich heute in immer größeren Höhen bewegen, wird es notwendig, auch höher als bisher schießende Flak zu bauen. Dies kaum durchführbar, daher bei längerer Kriegsdauer schwerwiegende Auswirkungen zu befürchten.

Kriegsmarinengerät :

Die Mangellagen auf den verschiedenen Gebieten haben auch die Rüstung der Kriegsmarine gehemmt.

Auf Grund des Mangels an Arbeitskräften einerseits, sowie der Steigerung der U-Boot-Reparaturen mußte allerdings der U-Boot-Bau bereits etwas zurückgestellt werden.

Die Einsatzfähigkeit der U-Boote hat gelitten infolge der verstärkten Umstellung von Kupfer und Messing auf Aluminium und Stahl.

Der Minenkrieg ist auf Grund des Mangels an Rohstoffen (Eisen) sowie an Kapazitäten für die Herstellung der Schließwerke und Zündapparate nicht so zu führen, wie es militärisch notwendig wäre.

Die Bedeutung der Lufttorpedos ist bei uns zu spät erkannt worden. Es fehlt vor allem an genügend technischen Erfahrungen in der Fertigung. Es sind daher Lufttorpedo-Aufträge nach Italien verlagert worden, da dort bereits größere Erfahrungen vorhanden

Munition :

Auf Grund der starken Steigerung der Munitionsfertigung ist bisher niemals Munitionsmangel eingetreten, wahl auch hier auf Grund der verschiedenen Mangellegen zahlreiche Schwierigkeiten.

Überhaupt bietet die Beschaffung von Munition weit weniger Schwierigkeiten als die Beschaffung von Gerät, insbesondere von Großgerät, denn die Munitionsfertigung läßt sich verhältnismäßig schnell ankurbeln.

Die russische Kriegsgerätefertigung im Vergleich zur deutschen.

Hier die Feststellungen interessant, die beim russ. Kriegsgerät sowie bei dem in unserem Besitz gelangten russ. Rüstungsfabriken gemacht wurden.

Diese Betriebe arbeiten mit einer hohen techn. Ausstattung sehr rationell, sodaß vielfach weit größere Mengen an Kriegsgerät hergestellt werden konnten, als es in den deutschen Rüstungsbetrieben der Fall. Die russ. Rüstungsproduktion vollzieht sich in Spezialbetrieben unter Verwendung amerikanischer Fließbandmethoden bei möglichst sparsamen Arbeitseinsatz. Das russ. Rüstungsmaterial ist denkbar einfach konstruiert, primitiv, aber dauerhaft und leicht zu bedienen.

In Deutschland haben sich diese Produktionsmethoden entwickelt, die zur Anfertigung immer komplizierteren Rüstungsmaterials geführt haben. Der Krieg gegen Ausland hat bewiesen, daß nur einfaches Material, das leicht zu zerlegen und zu bedienen ist, zum Erfolge führt. Die deutschen LG frieren bei starker Kälte ein, die Lkw versagen, während das von den Russen verwendete Kriegsmaterial auch bei größter Kälte reibungslos arbeitet. Nach einer Weisung des Führers soll jetzt nur noch Kriegsmaterial einfachster Konstruktion unter Verzicht auf jegliche Präzisionsteile hergestellt werden.

Auswirkungen der brit. Fliegerangriffe .

Die brit. Fliegerangriffe richteten sich in bisherigen Verlauf des Krieges in der Hauptsache gegen das westdeutsche Industriegebiet und das nordwestdeutsche Küstengebiet. Vielfach wurden Verkehrs-, Versorgungs- sowie auch wichtige Industrieanlagen getroffen. In den meisten Fällen konnten jedoch

die Schäden in kurzer Zeit wieder beseitigt werden, sodaß die Rüstungsfertigung nur selten und für kurze Zeit unterbrochen wurde. Insgesamt waren durch die durch Luftangriffe eingetretenen webrwirtschaftlichen Schäden ... eing.

Erheblich stärker ist dagegen die Zivilbevölkerung getroffen worden. Einmal direkt durch Verluste an Toten und Verletzten sowie durch die Zerstörungen an Wohnhäusern. Seit Kriegsbeginn bis Ende 1941 sind in Reich durch feindliche Fliegerangriffe insgesamt 8 070 Zivilpersonen getötet worden. Sodann indirekt durch die häufigen Nachtalarne in den betroffenen Gebieten, die zu starken Ermüdungserscheinungen und Rückgängen der Arbeitsleistung bei der werktätigen Bevölkerung und damit bereits zu erheblichen Ausfällen in der Rüstungsfertigung geführt haben.

Auf Grund der Erfahrungen hat man feststellen können, daß die seelische Widerstandskraft der deutschen Stadtbevölkerung gegen ständige Bombenangriffe nicht groß ist. Wenn die Engländer weiter in der Lage sind, ihre Bombenangriffe auf einzelne Städte etwa wochenlang nicht zu wiederholen, so wären die Folgen unabweisbar.

Die neuere Entwicklung in Jahre 1942 (Lübeck, Rostock, Köln, Emden, Duisburg etc.) zeigt, welche Gefahren offensichtlich für die weitere Kriegsentwicklung entstehen.

Die weitgehende Vermeidung brit. Luftangriffe, der uns sowohl für unsere Rüstung als für die Zivilbevölkerung zugute gehen würde, ist ein Ziel, das nur selten auf einzelne Ziele bezogen ist, sondern meistens wechselt und dabei verzettelt. Derzeit ist zu erwarten, daß die Engländer anscheinend die Bedeutung für die eigene Lufttransportes, des Treibstoffes, für ihre Rüstungswirtschaft richtig erkannt haben.

In der ersten Hälfte dieses Jahres sind die Luftangriffe im Durchschnitt um etwa 10 bis 20% zurückgegangen auf diese Ziele.

Wirtschaftliche Maßnahmen im europäischen Neuen.

Die verstärkte wirtschaftliche Ausnutzung des europäischen Neuen für die Deutschen ist die Voraussetzung für das einzige Abwehrmittel gegen die brit. Abwehrkräfte dar. Sie wird jedoch durch eine ganze Reihe von Umständen behindert.

Auf dem Gebiet der rüstungswichtigen Rohstoffe hat die Natur enge Grenzen gesetzt, so der europäische Raum einschl. der bisher besetzten russ. Gebiete sind an derartigen Rohstoffvorkommen ist.

Was die Nahrungsmittel anbetrifft, so sind eine ganze Anzahl europäischer Länder Zuschußgebiete. In den Überschußländern insbes. in Südosteuropa, sind die für Deutschland zur Verfügung stehenden Getreide- und Viehausfuhr infolge ungünstiger Ernten sowie der Kriegseinflüsse geringer als selbst im Frieden. In den besetzten russ. Gebieten sind die Überschüsse vorläufig minimal. Die geplante landwirtschaftliche Ausnützung wird entscheidend gehemmt durch den Mangel an Transportmittel, Treibstoff sowie den Grund des Partisanenkrieges notwendiger Sicherungstruppen. So sind kürzlich tausend nach der Ukraine geschickte Traktoren mangels Einsatzmöglichkeiten wieder zurückgekommen.

Besonders stark hat sich der Südost-Feldzug, durch das Wiederaufflammen des Krieges in der Türkei als eine schwere wirtschaftliche Schädigung der deutschen Kriegführung erwiesen.

Es ergibt sich die Tatsache, daß Deutschland sowohl auf dem Gebiet der Rohstoffe wie der Nahrungsmittel eine ganze Reihe europäischer Länder, die im Frieden von Übersee versorgt wurden, von sich aus, zumindest notwendigerweise versorgen muß. Eine Notwendigkeit in allen Ländern, deren Industrie für die deutsche Rüstung arbeiten. Für viele Betriebe sind Programmen, die in besetzten Rußland durchzuführen sind, müssen die Rohstoffe von Reich aus zur Verfügung gestellt werden. Die Rohstoffversorgungslage behindert ständig wachsende die deutsche Wirtschaft beschränkte Ausnutzung der besetzten russ. Gebiete.

Aus Gründen des Krieges werden Abgaben an Rohstoffen und sonstigen Betriebsmitteln, Kohle, Energie, Treibstoff etc. sowie an Nahrungsmitteln von den besetzten Ländern die Möglichkeiten, die Industrie in den europäischen Ländern für die deutsche Rüstung einzusetzen, immer geringer werden. Damit können auch die Pläne, die deutsche Rüstung insbesondere die Flugzeugproduktion durch Einsatz der gesamten europäischen Rüstungskapazitäten hochzubringen, nicht verwirklicht werden.

Auf Grund seiner eigenen außerordentlich angespannten Ernährungslage ist Deutschland nicht fähig, ausreichende Rationssätze in den verschiedenen Zuschußgebieten sicherzustellen.

Man muß sich darüber klar sein, daß man diese Gebiete nicht hungern lassen und sie gleichzeitig in den Dienst der deutschen Kriegsführung stellen kann. Im übrigen wächst durch die mangelnde Ernährung die absolut feindliche Einstellung der meisten europäischen Nationen gegen Deutschland.

Auf Grund der zunehmenden Vorratserschöpfung und der Auswirkung der brit. Blockade in den europäischen Ländern werden auch die Einfuhren Deutschlands aus dem europ. Raum im weiteren Verlauf des Krieges ebenfalls ständig absinken.

Ist der europäische Raum blockadefest ?

Da Deutschland weder in der Lage ist, die brit. Überseeblockade zu durchbrechen, noch England militärisch zu besiegen, ist die entscheidende Frage der deutschen Kriegsführung, ob der Deutschland jetzt zur Verfügung stehende europäische Raum autark, also blockadefest, ist.

Wie bereits dargelegt, ist dies sowohl bei den Nahrungsmitteln wie bei den Rohstoffen bei weitem nicht der Fall.

Auf Grund der Lage der Nahrungsmittel-Versorgung ist es unausbleiblich, daß im Verlauf des Krieges in Deutschland und den anderen europäischen Zuschußländern, die jetzt schon an physischen Existenzminimum liegenden Rationssätze ständig weiter herabgesetzt werden müssen. In den meisten europäischen Ländern, hauptsächlich in den Städten, mut sich hieraus eine ausgesprochene Hungersnot entwickeln. Die Geschichte zeigt, daß eine solche Entwicklung nicht auf unbeschränkte Zeit aufrecht erhalten werden kann. Die von uns bisher besetzten russ. Gebiete werden unter den dargestellten Vorbehalten höchstens bei Getreide eine gewisse Erleichterung bringen können.

Bei den großen Versorgungslücken auf dem Gebiet der Rohstoffe, insbesondere Treibstoff, N.E.- und Stahlegierungsmetallen sowie Kautschuk, wird die deutsche Kriegsführung nun von jetzt ab zunehmend gelähmt werden, während die amerikanische Rüstung von Monat zu Monat stärker anläuft. Ebenso wird sich infolge des Mangels an Textilien und Leder eine zunehmende Entblößung der Bevölkerung von Bekleidung und Schuhwerk ergeben.

Eine wesentliche Entlastung könnte nur durch die Verfügung über den russ. Raum bis hinter den Ural erreicht werden.

Aber selbst dann würde das Problem der mangelnden Autarkie des europäischen Raumes, das Kernproblem der deutschen Kriegführung, noch nicht vollständig beseitigt werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß alle bisher vorliegenden Anzeichen zwingend darauf hinweisen, daß Deutschland und der europäische Raum ohne die Verfügung über ganz Rußland einen langen Krieg wirtschaftlich unter keinen Umständen durchhalten kann.

Die Schaffung eines europäischen Großwirtschaftsraumes ist daher nur eine Illusion. Der amerikanische Kontinent, das brit. Empire, Rußland können lebensfähige Großwirtschaftsräume bilden.

Europa ohne Rußland, ohne Afrika, kann sich niemals zu einem lebensfähigen Großwirtschaftsraum entwickeln, da es nicht autark ist und auch nicht autark werden kann.

Zusammenfassung

Der z.Zt. von Deutschland beherrschte europäische Raum ist in keiner Weise blockadefest.

Gegenüber dem Weltkrieg 1914-1918 hat sich, in großen gesehen, nichts wesentliches geändert.

Wenn auf einzelnen Gebieten eine größere Selbstversorgung erreicht werden konnte, so ist es auf der anderen Seite die Produktionskraft des europäischen Raumes durch die Kriegsausweitungen auf das Stärkste beeinträchtigt worden. Der Krieg hat die Sinnlosigkeit einer totalen Kriegführung in dem überbevölkerten, hochindustrialisierten und versorgungsmäßig von Übersee abhängigen Europa deutlich gemacht.

Trotz seines großen Rüstungs- und Rüstungsvorsprungs bei Kriegsausbruch und seiner gewaltigen organisatorischen Vorbereitung und beispiellosen militärischen Leistungen, war es Deutschland bisher nicht möglich, die Entscheidung zu überspringen. Es ist nicht in der Lage, England-Amerika zu besiegen oder die Blockade zu durchbrechen. Deutschland muß also, um den Krieg wirtschaftlich überhaupt weiter durchhalten zu können, Rußland endgültig besiegen und sich in den Besitz des russ. Raumes bis über den Ural hinaus setzen.

Sollte es 1942 nicht gelingen, Rußland endgültig zu schlagen oder wenigstens bis zum Kaukasus und zum Ural zu kommen,

so muß die Kriegslage Deutschlands äußerst ungünstig, wenn nicht hoffnungslos, beurteilt werden. Daß im Jahre 1943 etwa das gelingt, was im Jahre 1942 nicht gelungen ist, ist mehr als unwahrscheinlich. Denn die wirtschaftlichen Faktoren werden sich in ständig zunehmendem Maße zu Ungunsten Deutschlands auswirken.

Wie gezeigt schiebt sich das Ernährungsproblem absolut in den Vordergrund.

Der Rohstoffmangel führt zu einem ständigen Absinken der deutschen Rüstungskraft und damit zu einem zunehmenden Erlahmen der deutschen Kriegführung, während bei den Gegnern das riesige amerikanische Rüstungspotential immer mehr in Erscheinung treten wird.

Die Treibstofflage macht größere Offensiv-Operationen in Osten unmöglich.

Der Zwang, den Transport in den besetzten russ. Gebieten zum größten Teil mit deutschen Lokomotiven und Waggons zu versehen, rückt gerade, wenn der Vormarsch noch weiter gehen sollte, die Gefahr einer ausgesprochenen Transportkatastrophe in immer größere Nähe. Durch diese würde sowohl die militärische wie die wirtschaftliche Kriegführung in gleicher Weise betroffen werden.

Der Überdimensionierung der Kriegführung, bedingt durch die Technisierung der Waffen, durch die Ausweitung der Kriegsschauplätze, stehen die immer schwächer werdenden wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands gegenüber, sodaß das Mißverhältnis zwischen Kriegsbedarf und Deckungsmöglichkeiten immer größer wird. Angesichts dieser Lage wäre eine ständige sorgfältige Anpassung der Kriegführung an die gegebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten ganz besonders notwendig gewesen. Dies ist jedoch auf Grund der fehlenden Einsicht der Obersten Führung in wirtschaftlichen Dingen bisher nicht geschehen. Die lehnte es ab, die politischen und militärischen Absichten den wirtschaftlichen Möglichkeiten anzupassen, sondern verlangte umgekehrt, daß die Wirtschaft sich diesen anzupassen hätte.

Die Anforderungen für die militär. Kriegführung wie für die Rüstungswirtschaft können jetzt nur noch ausschließlich auf Kosten des zivilen Bedarfs gedeckt werden.

148 ZS 310, Thun, Georg Bd. IIa

Um die Schuldfrage der deutschen Wirtschaft.

Wenn man sich zur Schuldfrage der deutschen Wirtschaft und über ihre Mitverantwortung an diesem Kriege äussern will, gilt es zunächst klarzustellen, in welcher Beziehung überhaupt eine Schuldfrage der Wirtschaft vorliegen kann. Ohne den Untersuchungen und späteren Urteilen des alliierten Gerichtshofes vorgreifen zu wollen, glaube ich, dass folgende Fragen dazu geklärt werden müssen:

1. Haben die deutsche Wirtschaft, in Sonderheit die Grossindustrie und die Grossbanken, dem Hitler-System zur Macht verholfen?
2. Hat die Wirtschaft das System finanziell und moralisch unterstützt?
3. Hat die Grossindustrie den Krieg gewünscht und sich an seiner Vorbereitung beteiligt?
4. Welche Rolle hat die Wirtschaft im Verlaufe des Krieges und in den Versuchen der Opposition, ihn zu beenden, gespielt?

In diesen vier Fragen liegen meines Erachtens die ganzen Probleme, die zu untersuchen und zu klären sind. Ein Urteil darüber steht mir nicht zu. Ich glaube aber, zur Klärung dieser Fragen einen Beitrag geben zu können, weil ich durch meine langjährige Zusammenarbeit mit der Wirtschaft einen tiefen Einblick in die Vorgänge und Wege gewonnen habe, durch die Hitler, Göring und die Partei ihren Einfluss auf die Wirtschaft sichergestellt haben, und weil ich seit 1937 versucht habe, die Wirtschaft von den Deutschland drohenden Gefahren der Hitlerschen Politik und eines neuen Weltkrieges zu überzeugen. Ich bin weit davon entfernt, mit diesen Ausführungen als Ankläger gegen die Männer der deutschen Wirtschaft auftreten zu wollen. Es muss aber in dem über Deutschland hereingebrochenen, vorläufig noch unüberschaubaren Unglück Sache jedes anständigen Deutschen sein dazu beizutragen, dass die wirklichen Schuldigen aus der deutschen Wirtschaft ausgesemert werden, damit die übrigen Kreise der Wirtschaft von ihrem Verdacht gereinigt werden und in der Lage sind, ihr Wissen und ihre Kraft für den Wiederaufbau unseres schwergeprüften Vaterlandes wieder unbehelligt einsetzen zu können.

Zur Untersuchung der ersten Frage müssen wir uns zunächst mit der Einstellung der deutschen Wirtschaft zu Politik und Landesverteidigung in der Nachkriegszeit zwischen 1920 und 1930 beschäftigen. Der Ausgang des 1. Weltkrieges hatte in der deutschen Wirtschaft mehr als in anderen Kreisen die klare Erkenntnis gebracht, dass Deutschland der Krieg verloren hatte, weil sein Wirtschaftspotential dem der damaligen Gegner nicht gewachsen war, und dass Deutschlands Zukunft nur gesichert sei, wenn es der deutschen Politik gelingt, mit den anglo-amerikanischen Westmächten eine endgültige Verständigung herbeizuführen. Der Wunsch, nie mehr

mit den anglo-amerikanischen Völkern die Waffen kreuzen zu müssen, war allgemein. Es war daher das Bestreben führender deutscher Wirtschaftler wie Rathenau, Stresemann, Luther, Melchior u.s.w., diesen Weg zu gehen, und es gehört zu einer der größten tragischen Momente der deutschen Geschichte, daß dieses Ziel zunächst durch die ablehnende Haltung der Alliierten, in Sonderheit Frankreichs, versperrt blieb und, als sich der Weg zwischen Briand und Stresemann zu öffnen begann, die wirkliche und weitsichtige Staatsmann dem deutschen Volke genommen wurde. Die deutsche Wirtschaft hat diese Auffassung bis zum Jahre 1932 strikt vertreten, und gerade die Großindustrie, der heute der Vorwurf der Förderung der Kriegsvorbereitungen besonders anhängt, hat die Notwendigkeit der Einhaltung der militärpolitischen Bestimmungen des Versailler Vertrages besonders betont. Ich selbst bin seinerzeit im Ausschusse des damaligen Reichskriegsministers zweimal bei Geheimrat Duisberg, dem leitenden Manne der IG-Farben gewesen, um die IG an der Weiterentwicklung militärischer Treib- und Sprengmittel zu interessieren. Beide Male hat Geheimrat Duisberg unsere Anregung abgelehnt mit dem Hinweis, daß gerade die großen Konzerne, die eine internationale Verbindung anstreben müssen, sich nicht dem Vorwurf des Vertragsbruches aussetzen können. Auch in den großen Elektrizitätskonzernen herrschte eine gleiche Auffassung. Wenn sich damals einige Firmen bereit gefunden haben, gegen die defamierenden Bestimmungen des Versailler Vertrages kleine Einrichtungen zu schaffen für die Herstellung der dringlichsten Munition zur besseren Schiessausbildung der Reichswehr, so folgten sie nur einer dringenden Aufforderung des Reichswehrministeriums, das bei der politischen Situation gezwungen war, wenigstens die notwendigsten Verteidigungsmassnahmen zu treffen. Ich kann feststellen, daß ich - der ich seit 1923 mit der Wirtschaft zu tun habe - bis zum Regierungsantritt Hitlers im Jahre 1933 an keiner Stelle der Industrie und der Banken die Auffassung angetroffen habe, daß Deutschland zur Besserung seiner Lage noch mal einen Krieg mit den Westmächten führen könne, noch dazu einen, der von Deutschlands Regierung vom Zaune gebrochen wird. Die deutsche Wirtschaft ist in jenen Jahren alles andere als expansionistisch oder imperialistisch eingestellt gewesen im Gegenteil, sie war mit Bezug auf einen neuen Krieg defaitistisch orientiert und sah ihren Weg in einem engen Anschluß an die Weltwirtschaft. Um so überraschender war der Erfolg, den Hitler bei seinem ersten Auftreten vor der Industrie des Rhein- und Ruhrgebietes in Düsseldorf im Januar 1932 erzielte. Es ist mir heute noch unverstänlich, daß Männer von solcher wirtschaftlichen Qualitäten wie Kirdorf, Thyssen, Vögler usw., die die Welt und die Wirtschaft kannten dem Abenteuer Hitler ins Garn gehen konnten. Diese Tatsache ist nur durch die damalige katastrophale Wirtschaftslage und durch das Versagen der Regierung zu erklären, der durch die anonyme Herrschaft der Parteibürokratie jede Grundlage wirklich zu regieren entzogen wurde. Ich bin überzeugt, daß es unter den Männern, die damals Hitler in den Sattel hoben und ihm finanzielle Stützung zusagten, verschiedene gegeben hat, die hofften, durch eine Hitler-Konjunktur - basierend auf einer beschränkten Aufrüstung - ihre ins Wanken geratenen Konzerne wieder in Ordnung zu bringen. Die Masse jener Männer

Institut

hat sich aber zweifellos dem Hitlerschen Abenteuer unterzogen, weil die täglich zunehmende Arbeitslosigkeit, die Unmöglichkeit, die Unkosten ihrer stillliegenden Betriebe weiter zu tragen, und die Unentschlossenheit der Regierung sie zu diesem letzten Versuch gedrängt haben. Heute steht fest, dass Hitler mit jenem Vortrage in Düsseldorf und seiner späteren Potsdamer Regierungserklärung den Grossbetrug des deutschen Volkes begangen hat. Und wenn man von einer Mitverantwortung jener Wirtschaftsführer, die damals hinter Hitler traten, spricht, so muss man berücksichtigen, dass sie es noch in dem festen Glauben getan haben, damit Deutschland vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu retten und dem Volke wieder Arbeitsmöglichkeit und Brot zu verschaffen. Bei vielen Männern mag auch die bolschewistisch-kommunistische Gefahr dafür ausschlaggebend gewesen sein. Von dem Blickfeld des Auslandes mag diese Auffassung unverständlich sein, diejenigen aber, die die Krise an Ort und Stelle miterlebt, die leeren Fabriksäle und stillliegenden Zechen und Hütten gesehen und das Elend auf den Strassen von allen Kreisen der Bevölkerung mit durchlebt haben werden immer geneigt sein, eine Erklärung für die Haltung jener Wirtschaftler zu finden. Die Täuschung, die Hitler dem deutschen Volke in den entscheidenden Monaten auferlegte, war vollkommen geglückt, und die wenigen, die von Anfang an diesen Abenteuerer durchschauten, galten als Pessimisten und als Volksfeinde. Wohl klang von seiten der Linksparteien oftmals der Warnruf "Hitler bedeutet Krieg", aber ich kann, trotzdem ich selbst diese Gefahr sah, nicht annehmen, dass jene Wirtschaftler hinter Hitler getreten sind, um mit ihm ausserpolitische und expansionistische Ziele zur Durchführung zu bringen. Zweifellos steht fest, dass die moralische und finanzielle Stütze, die die deutsche Wirtschaft, in Sonderheit jene bekannten Kreise der Grossindustrie und der Banken Hitler in den Jahren um 1932/33 geliehen haben, viel dazu beigetragen hat, dass Hitler den Weg der Machtergreifung gehen konnte. Ich glaube aber nicht, dass zu jener Zeit egoistische und expansionistische Gründe in den Köpfen jener Männer dafür massgebend waren, sondern allein die Hoffnung, durch Unterstützung des Führers der grössten deutschen Partei dem deutschen Volke endlich wieder inneren Frieden, Arbeit und Brot zu bringen. Jene Männer haben sich zwar nicht als wahre Führer der Wirtschaft gezeigt, denn sie haben dem deutschen Volke und der Welt einen schlechten Dienst erwiesen. Eine moralische Schuld, wie sie die Anklage erhebt, kann man ihnen aber in diesem Zeitpunkt meines Erachtens nicht zumessen.

Ich komme damit zur zweiten Frage. Es ist meines Wissens zu allen Zeiten und wohl in allen Ländern üblich gewesen, dass die Wirtschaft bestimmte politische Parteien unterstützte und damit auf die Politik Einfluss nahm. Solange solche finanziellen Beeinflussungen im Rahmen des Üblichen bleiben, nur dem Parteienkampf dienen und nicht in das Gebiet der Korruption und der Unterstützung ungesetzlicher Handlungen übergehen, wird man gegen keine Stelle der von Vorwürfe erheben. Was sich aber in Deutschland während der Nazizeit abgespielt hat, bedarf doch schärfster Kritik, denn auf diesem Gebiet liegt meines Erachtens die grösste Verantwortung, die viele Kreise der

Institut

deutscher Wirtschaft an dem langen Verbleib dieser verbreche-
 rischen Regierung tragen. Der Vorwurf trifft nicht nur Ver-
 treter der Grossindustrie und der Grossbanken, sondern genau
 so Männer der Mittel- und Kleinbetriebe. Die Mittel und Wege,
 mit denen die Partei und ihre führenden Männer wie Hitler
 selbst, Göring, Ley und die zahlreichen Bonzen aller Grade
 diese finanzielle Unterstützung erpresst oder durch Betrug
 erzwungen haben, dürften in der deutschen Geschichte einmalig
 dastehen und es mit den Korruptionen des Altertums und Mittel-
 alters vergleichen sein. Gegen diese zwangsweisen Unter-
 stützungen haben, beginnend mit der Adolf-Hitler-Spende und
 dem Zwangsbeitrag, gingen an dem Hermann Göring-Konzern, bis zu
 der schliesslichen Auflösung des Winterhilfswerk
 und seiner Dienstleistungen war in diesem sauberen Staa-
 te Adolf Hitler schwer eine Ablehnung möglich, wollte der Be-
 treffende nicht wegen Sabotage der "sozialen Einrichtungen"
 des Staates in ein K.Z. wandern. Was aber uns Männern der
 Opposition immer unverständlich war, ist, dass jene Wirt-
 schaftsführer, die auf diese betrügerische und unfaire Art
 seitens der Partei oder bestimmter Parteigrössen laufend aus-
 geplündert wurden, immer wieder bereit waren, diesen korrup-
 tierten Parteidiffidanda mit grossen Geldsummen und Geschenken zu die-
 nen, wenn es galt, sich das Wohlwollen und die Freundschaft
 dieser Parteigewaltigen zu erhalten. Ich hoffe, dass die Sonne
 es noch mal an den Tag bringen wird, welche Werte auf diesem
 Wege in die Hände jener Männer gewandert sind, deren Partei-
 programm Bescheidenheit und Sauberkeit an oberster Stelle
 führte und in dem so betont der Gemeinnutz vor dem Eigennutz
 gestellt wurde. Diese Korruption hat auf die Haltung des
 deutschen Volkes die übelsten Folgen gehabt, und wenn im Krie-
 ge die Achtung vor dem Privatbesitz des Feindes nicht die
 notwendige Berücksichtigung gefunden hat, so liegt es zum
 grossen Teil daran, dass Sauberkeit und Anstand durch das Bei-
 spiel der korrupten Bonzenschicht in vielen Kreisen Deutsch-
 lands verloren gegangen war. Auch bleibt es unverständlich,
 dass - als sich die politischen Ziele und Anschauungen Hitlers
 klärten und SS und SA schon ihr grausames Spiel begannen -
 gerade diese Organisationen von der Wirtschaft unterstützt
 wurden und sich als wirtschaftlicher Kreis fand, der in
 Himmler den wahren Vertreter des Nationalsozialismus und ver-
 nünftiger Anschauungen sah. Besonders traurig ist es aber,
 dass selbst im Kriege, als einsichtsvolle Wirtschaftler den
 Krieg längst als verloren ansahen, andere Teile der Wirtschaft
 diese Unterstützung der Partei und ihrer Gliederungen fortsetz-
 ten und damit in den Köpfen dieser Verbrecher die Idee aufkom-
 men liess, dass die deutsche Wirtschaft hinter den Zielen
 und Handlungen Hitlers und seines Systems stand. Hierin liegt
 meines Erachtens die Hauptschuld, die gegen die Wirtschaft zu
 erheben ist, und es erscheint mir dringend notwendig, die
 schuldigen menschlichen Elemente der deutschen Wirtschaft von
 den verantwortungslösen und egoistischen Männern zu trennen,
 die glaubten, sich den Auffassungen und Männern des dritten
 Reiches als Gleichberechtigte zu können. Auch soll man nicht ver-
 gessen, dass in den Kriegsjahren die Partei schon eine grosse
 Zahl von Praktikanten in die Grossbetriebe und in die
 Grossbetriebe eingesetzt hatte, sodass die betreffenden Ge-
 schäftsführer nicht mehr nach freien Entschlüssen handeln
 konnten, sondern durch den Einfluss der Partei zu ihren
 Handlungen gezwungen wurden. Diese Tatsache darf bei der

Klärung der Mitverantwortungsfrage nicht vergessen werden.
 Zur Unterstützung der dritten Frage ist zunächst zu klären, warum gerade der Grossindustrie gegenüber der Verdacht besteht, dass sie an den Vorbereitungen des 2. Weltkrieges beteiligt gewesen sei. Noch in der Nachkriegszeit des 1. Weltkrieges hat man in der Wehrmacht auf dem Standpunkt gestanden, dass sowohl die als die grossen Gründe wie für den Krieg aus militärischen Gründen eine starke Mittel- und Kleinindustrie vorzuziehen ist als die grossen Konzerne der Grossindustrie. Die Grossindustrie galt als international verflochten und so ist die Gesamthaltung ihrer Fertigkeit geführt, aus dieser Zeit gerade in Deutschlands besten Zeiten die Mittel- und Kleinindustrie die Grundlage für Deutschlands Wehrmacht der Nachkriegszeit hatte sich mit der Frage Gross- oder Kleinindustrie nicht beschäftigt, da sie nicht in der Lage war, diese oder jene mit genügenden Aufträgen zu versehen. Mit der Hitlerschen Aufrüstung und vor allem mit der Motorisierung und Mechanisierung der modernen Wehrmacht wurden die Verhältnisse anders. Die Erkenntnis, dass in Zeitalter der technischen Wissenschaft Kriege durch die wirtschaftlichen Kriegspotentiale und durch die Erfolge der militär-wissenschaftlichen Forschung entschieden werden, brachte die finanzielle und leistungsfähige Kraft und damit die Grossindustrie immer mehr in den Vordergrund. Ausserdem bleiben Kohle, Eisen und Metalle - also die konzernmässig gebundene Schwerindustrie - immer die Grundlage für jede moderne Kriegsführung. Auch ist die Massenproduktion der grossen Fertigungseinheiten (Flugzeuge, Tanks, motor. Artillerie) sowie die wissenschaftliche Forschung auf den modernsten Gebieten der Militärtechnik ohne die Erfahrungen und ohne das Kapital der grossen Konzerne schier unmöglich. Dies war auch Hitler klar, als er sich entschied, seinen als wichtigen Parteipunkt besonders betonten Kampf gegen Grossindustrie und Kapital aufzugeben und die Grossindustrie zu zerschlagen in seine Pläne einzufügen. Es bleibt ein besonderes selteneres Anzeichen für die Betrugsmanöver des Herrschers, dass Göring, der Vorkämpfer gegen Kapital und Besitz, sich zum Schöpfer des größten Konzerns und zum Organisator des Unternehmens gemacht hat. Diese Tatsachen mögen den Anlass bilden, dass die Grossindustrie besonders unter die Lupe genommen wird.

Ich bin der Auffassung, dass die deutsche Wirtschaft einschl. der Grossindustrie von Hitler wohl die Revision des Versailler Friedensvertrages erwartet, nie aber einen Krieg mit den westlichen Kulturstaaten England, Amerika, Frankreich gewünscht hat. Wenige hervorragende und unverantwortliche Köpfe mögen in dieser Auffassung eine Ausnahme gebildet haben. Wie ich schon andeutete, war die Masse der deutschen Wirtschaft defaitistisch eingestellt und hatte sich in ihrem durch die wirtschaftliche Not entstandenen Existenzkampf so auf sich selbst eingestellt, dass es für den Reichskriegsminister notwendig erschien, zur Durchführung seiner Aufgabe die Betriebe erst mal auf den Gedanken der Wirtschaft auszurichten. Der Begriff "Wehrwirtschaft" hatte die Kriegsvorbereitung und Mobilisierung nicht zum Ziel, sondern allein das Ziel, die Betriebsleiter und die Gefolgschaft auf den Gedanken einzustellen,

dass in einem modernen Volksstaat, wie es nach Hitlers Propaganda Deutschland damals werden sollte, jeder Betriebsführer und Arbeitnehmer nicht nur Pflichten gegen sich selbst und gegen seinen Betrieb, sondern auch gegen den Staat hat. Weiterhin war es Aufgabe der wehrwirtschaftlichen Idee, dem Volke vor Augen zu führen, dass auch eine Friedens-Wirtschaft in einem durch seine Lage so gefährdeten Staate wie Deutschland nur Dauer haben kann, wenn sie im Notfall auch durch ein scharfes Schwert geschützt wird, und dass dafür auch die Wirtschaft die notwendigen Opfer bringen muss. Kein Mensch, der die wehrwirtschaftliche Idee richtig propagiert hat, ist jemals von den Gedanken erfasst gewesen, dass diese Propaganda die Vorbereitung für einen von Deutschland gewollten neuen Weltkrieg bedeuten könnte. Es ist selbstverständlich, dass die mit dieser Propaganda einsetzende Aufrüstung in der deutschen Wirtschaft grosse Begeisterung fand, nicht nur weil dadurch die Betriebe wieder Aufträge, die Arbeiter wieder Brot und Arbeit erhielten und man hoffen konnte, dass eine begrenzte Aufrüstung auch das übrige Wirtschaftsleben wieder in Gang bringen konnte, sondern auch weil mit der Aufrüstung für Deutschland wieder eine militärpolitische Sicherheit und eine Möglichkeit, im Rate der Völker wieder gehört zu werden, geschaffen wurde. Es wäre ein Unrecht, wollte man der deutschen Wirtschaft und ihren Führern nicht zubilligen, dass sie allen Grund hatten, bis 1937 an der Ehrlichkeit der Hitlerischen Versprechen zu glauben, die Aufrüstung als Verteidigungsmaßnahme zu deuten, und dass es ihre vaterländische Pflicht war, ihre Mitarbeit dafür zur Verfügung zu stellen.

Diese Auffassung musste sich aber grundlegend ändern, als Hitler ab 1938 sein wahres Gesicht zeigte und mit seiner gewalttsamen Expansionspolitik begann. Von diesem Zeitpunkt an ist durch Vorträge und Aufsätze des Wehrwirtschaftsstabes alles versucht worden, die deutsche Wirtschaft auf die Gefahren der Hitlerischen Politik hinzuweisen und ihr die Unmöglichkeit Deutschlands, für Hitlers Ziele einen neuen Krieg zu führen zu können, darzulegen. Es wurde die Einrichtung der Wehrwirtschaftsführer geschaffen, weil man hoffte, mit diesem ausgesuchten wirtschaftlichen Führerpersonal einen Damm gegen die nazistische Propagandaflut in der Wirtschaft zu bilden und die Betriebsführer damit vor einer Erfassung durch den nationalsozialistischen Bund der Technik und vor der Beeinflussung durch die Gewerkschaftsberater zu schützen. Ich selbst habe im Jahre 1938 und 1939 in grossen wirtschaftlichen Versammlungen klar ausgesprochen, dass Deutschland keinen neuen Krieg führen kann und darf und habe öffentlich gegen die von Göring propagierte Antarkie Stellung genommen. Wenn Herr Speer im Hühnerberg-Prozess zu seiner Entlastung aussagt hat, Hitler habe uns alle getäuscht, so kann ich ab 1938 diese Entschuldigung weder für die führenden Männer der Wirtschaft zulassen, noch für die führenden Männer der Wehrmacht, an der ich selber für Herrn Speer. Die führenden Männer der Wirtschaft sollten erkennen, dass die Politik Hitler's auf einen Krieg mit jedem Vertrag, verbunden mit den damals schon bekannten Methoden gegen die menschliche Freiheit und Würde, Deutschland einer Katastrophe zuführte, und sie müssten sich für die Wägen ihre warnende Stimme erheben.

Leider aber sind viel zu viele der deutschen Wirtschaftsführer mit verschlossenen Augen der Hitlerschen Politik gefolgt. Sie haben bis zum Kriegsausbruch in dem Wahn gelebt, dass Adolf Hitler sein Volk nie in einen neuen Krieg stürzen würde. Diejenigen, die vielleicht die Gefahren der bedrohlichen Aufrüstung sahen, waren nur zu leicht bereit, diese Massnahme als eine Abwehr der bolschewistischen Gefahr zu deuten. Daneben gibt es denn auch einen kleinen Kreis von Männern, die, sei es aus technischer Begabtheit, sei es aus egoistischen Motiven, sich mit grosser Eifer den Göringschen Kriegsvorbereitungsplänen zur Verfügung gestellt und seine grössten-wahrscheinlichen Pläne lehnhaft unterstützt haben. Diese Männer haben eine grosse Mitverantwortung auf sich geladen, indem sie - anstatt Hitler auf Schritt vor einem erneuten Kampf mit dem weit überlegenen englisch-amerikanischen Wirtschaftspotential zu warnen - diese die Welt über die Pläne ernüchterten, deren Ziele sehr bald in den zu erobernden Staaten lagen. Diese Männer, die zum Teil der Grossindustrie angehören und die ihre Tätigkeit in vier Jahren alles mit der Führung oder Beeinflussung ihrer Konzerne verbunden, haben diese Konzerne mit einer vielleicht ungewollten Schuld beladen.

Es muss aber festgestellt werden, dass Deutschland trotzdem wirtschaftlich völlig ungerüstet in den Krieg gegangen ist, und dass der wirtschaftliche Zusammenbruch erheblich eher eingetreten wäre, hätten nicht die Eroberungsfeldzüge Hitlers der Wehrmacht die ungeheure Beute an Rohstoffen und Treibstoffen eingebracht. Die grössten wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen, die für einen neuen Weltkrieg erforderlich gewesen wären, wie die synthetische Vorbereitung der Treibstoff- und Kautschukbasis, die Erschliessung der inländischen Metallvorkommen, die Verstärkung der Salpeter- und Schwefelsäureproduktion, die Vorbereitung der Aluminiumbasis, die Erhöhung der Turbinen- und Kugellager-Herstellung, der Ausbau der hochwertigen Stahlgrossanlagen und ähnliche wichtige Vorbereitungen sind praktisch nicht erfolgt, sondern zum grössten Teil erst im Laufe des Krieges improvisiert worden. Diese Tatsache der mangelnden gründlichen Vorbereitung ist meines Erachtens ein eindeutiger Beweis, dass ganz allgemein gesprochen seitens der Wirtschaft und ihrer verantwortlichen Führer ein neuer Weltkrieg sicher nicht vorausgesehen, geschweige denn beabsichtigt war.

Um so mehr war es daher nicht die Pflicht aller deutschen Wirtschaftsführer, die Regierung vor einer solchen Katastrophe zu warnen und alles daran zu setzen, einen neuen Weltkrieg zu verhüten. Dieses ist seitens der Wirtschaft leider nur von wenigen einsichtsvollen Männern mit dem nötigen Nachdruck erfolgt, die sich damals der Opposition angeschlossen bzw. durch keine Verbindung mit ihr zusammengearbeitet haben.

Das Volk in seiner Unwissenheit konnte betrogen werden, die führenden Köpfe einer so grossen Wirtschaftsmacht, wie es Deutschland war, durfte sich nicht betrügen lassen, sondern mussten in dieser Lage handeln, wie man es vergeblich von der Führung der Wirtschaft erwartet hat. Zu langsam bildete sich aus ihrer Verantwortung besorgter werdenden Gesprächen untereinander und in verantwortlichen Amtsräumen im Kreise

der Wirtschaft die Opposition. Von verbrecherischen Einzelfällen abgesehen, ist dieses Versäumnis die wahrhafte tragische Schuld der deutschen Wirtschaftsführung.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Beantwortung der vierten Frage.

Nachdem der Krieg ausgebrochen und das Vaterland in schwerster Not war, gab es für die Wirtschaft selbstverständlich auch nur die eine Möglichkeit, dem Vaterlande gegenüber die Pflicht zu tun und die Wehrmacht nach bestem Können zu versorgen. Der Regierung die Erfüllung der Aufträge zu verweigern, war in Deutschland weniger möglich als in jedem anderen Staate, denn der geringste Versuch endete am Galgen. Es ist daher auch eine grobe und unverantwortliche Lüge, dass die Opposition eine Sabotage der deutschen Rüstung vorgenommen hat. Gegen solche Anwürfe wehrt sich die Opposition auf das Schärfste. Die Opposition hat nur das eine Ziel gehabt, durch gewaltsame Beseitigung der Regierung den Krieg zu beenden. Dazu hat sich die Opposition die Mitarbeit der führenden Wirtschaftskreise herbeigewünscht, aber leider in ihren Reihen wenig Verständnis gefunden. Es bleibt unverständlich, dass gerade die führenden Persönlichkeiten mit wenigen Ausnahmen nicht die Unmöglichkeit, den Krieg zu gewinnen, erkannt haben oder nicht erkennen wollten, und so gut wie keine Versuche gemacht haben, die oberste Führung von dem Wahnsinn eines Kampfes mit der englisch-amerikanisch-russischen Wirtschaftskraft zu überzeugen. Was darin geschehen ist, ist allein vom Wehrwirtschaftsamt bzw. von Männern der Opposition ausgegangen. Selbstverständlich wäre dies Aufgabe des Wirtschaftsministeriums und später des Reichsministers für Bewaffnung und Kriegsproduktion gewesen, aber da diese beide völlig im Fahrwasser Hitlers schwammen, wäre es Pflicht der Führer der deutschen Grossindustrie gewesen, durch klare und schriftliche Belege ihre Ansicht darzutun. Es bleibt auch unerklärlich, dass die Industrie - genau so wie die höchsten militärischen Führer - sich von dem Vorhandensein kriegsentscheidender Wunderwaffen betören liess, ohne nachzuforschen, was daran überhaupt wahr war. Ich gebe zu, dass die Wirtschaft in dieser Beziehung von Männern des Reichsministers Speer, in Sonderheit seinen Hauptstützen Saur und Schieber, auf das Ubelste belogen worden ist.

Einer besonderen Untersuchung bedarf die Tätigkeit der deutschen Wirtschaft in den Betrieben des besetzten Auslandes. Es war unter den in Deutschland obwaltenden Verhältnissen ausgeschlossen, dass ein deutscher Betrieb für die Wiederingangsetzung eines eroberten ausländischen Werkes technische Hilfe bereitzustellen ablehnte. Völlig unerklärlich ist aber, dass sich bestimmte Firmen und Konzerne bereit fanden, die durch Görings Beschlagnahmeverordnung geraubten Betriebe käuflich zu erwerben. Ich habe seinerzeit jedem Wirtschaftler, der mich darum befragte, abgeraten, sich an solchen Raubgeschäften zu beteiligen. Verschiedene sind der Warnung gefolgt, andere sind der Versuchung erlegen oder haben sich durch Göring oder andere Parteistellen dazu zwingen lassen. Es bedarf also auch in diesen Punkte einer eingehenden Nachprüfung, wie diese Geschäfte zustande gekommen sind.

Ich habe nicht umsonst im Jahre 1941 meinen mir von Göring durch Befehl übertragenen Aufsichtsratsposten in den Hermann-Göring-Werken und in der Continental Oel AG. als Protest nach der 1. Aufsichtsratssitzung niedergelegt, weil ich damit zum Ausdruck bringen wollte, dass ich als Soldat die Handlungsweise und das Gebaren dieser von Göring geschaffenen Gesellschaften nicht billigte und nicht bereit war, meine Namen mit diesen Gesellschaften beschnitten zu lassen. Leider fand ich darin nur wenig Nachfolger.

Auch die Anklagen, die gegen einzelne Firmen wegen der Behandlung ausländischer Arbeitskräfte geführt werden, bedürfen der Untersuchung, weil es oftmals durch die unverantwortlichen Befehle eines Saur oder ähnlicher Stellen, den Betrieben gar nicht möglich gewesen ist, die notwendigen Vorkehrungen zu schaffen.

Ich bemerke, dass alle meine Beobachtungen der Zeit bis Ende 1942 entstanden, da ich zu diesem Zeitpunkt aus meiner Tätigkeit ausgeschieden und später wegen meines Kampfes gegen den Krieg auf Befehl Hitlers von der Gestapo verhaftet worden bin.

Es lag mir daran, den Alliierten und den deutschen Anklägern mit diesen Ausführungen einen Beitrag dafür zu geben, dass die anständigen Kreise der deutschen Wirtschaft von ihrem Verdacht möglichst bald endgültig befreit werden und sich wieder ihrer Arbeit widmen können. Nicht der Wirtschaftler, der zufälligerweise Aufsichtsrat war, oder wegen seiner anständigen Gesinnung seitens der Wehrmacht Wehrwirtschaftsführer geworden war und mit seinem Werk seinem Vaterlande in Treue und Tüchtigkeit gedient hat, sollte defamiert, geblockt und gestraft werden, sondern hierzu sollten allein herausgesucht werden die Männer, die das Nazisystem und seine Machtheber in korrupter Weise unterstützt, sich mit ihnen ungebührlich bereichert, sich vor dem Kriege oder im Kriege gegen Recht und Anstand vergangen und in Egoismus und Gewinnsucht die nationalsozialistische Kriegshetze und Durchhaltopsychose gefördert und verbreitet haben. Mit ihnen trifft nun die Leute, die der anständigen deutschen Wirtschaft nicht würdig sind und die aus dem neuen Wirtschaftsleben ausgeremert werden müssen.

Diesen Gedanken zur Reinigung der deutschen Wirtschaft darf ich noch einige Vorschläge für die Wiederingangsetzung der Wirtschaft hinzufügen.

Die Nachkriegsentwicklung der deutschen Wirtschaft berechtigt zu der grossen Sorge, dass, wenn es nicht bald zur Bildung eines deutschen Gesamtwirtschaftsgebietes kommt, die einzelnen Zonen wirtschaftlich zum Stillstand kommen, und damit dem deutschen Volk die Möglichkeit, durch Arbeit seine Wiedergutmachung zu leisten, genommen wird. Die immer bedenklicher werdende Not und die Unmöglichkeit, die immer grösser werdenden Volksmengen von deutschem Boden zu ernähren, treiben zur politischen Radikalisierung. Das unüberlegte Volk verwechselt Ursache mit Wirkung, begreift in seiner Hinfalt nicht, dass die Schuld an diesem Elend allein das verbrecherische Handeln Hitlers trägt und wendet sich wieder dem unterirdisch wühlenden Nazitum oder der kommunistischen Hetze zu. Beides muss verhindert werden,

wenn das in Europa liegende Deutschland zur Ruhe kommen und seine ihm von den Siegermächten zugewiesenen Aufgaben erfüllt werden sollen. Alle Möglichkeiten, dem Volk wieder Arbeit zu geben, müssen erdacht und durchgesetzt werden, selbst wenn dadurch Aufgaben, die den Besatzungsmächten bisher als vorzüglich erschienen, zeitlich zurückgestellt werden müssen. Alle Massnahmen sollten unter dem Leitsatz stehen: Macht Deutschland wieder arbeitsfähig.

Hierzu erlaube ich mir folgende Anregungen zu geben, wobei ich mir klar bin, dass ihre Durchführung teilweise erhebliche Schwierigkeiten bereiten wird.

I. Organisatorisches.

1. Sofern die Bildung eines geschlossenen deutschen Wirtschaftsgebietes zurzeit nicht erreicht werden kann, Schaffung eines Wirtschafts-Regulierungs-Ausschusses aus je 1 Vertreter der 3 westlichen Zonen, der der einen Auftrag hat, die Schwierigkeiten, die den freien Wirtschaftsverkehr der 3 westlichen Zonen gegenüberstehen, zu beseitigen.
2. Vorläufige Aufhebung der die Produktion begrenzenden Bestimmungen des Kontrollrats in den 3 westlichen Zonen, um zunächst mal eine Ankurbelung der Wirtschaft zu erreichen.
3. Weitere Vernichtung oder Abtransport der Einrichtungen für Herstellung von reinem Kriegsgerät, aber Einstellung der Zerstörung von Fabrikanlagen für Gewinnung von Rohstoffen und Halbprodukten, Umstellung dieser Einrichtungen auf reine Friedensproduktion für deutschen Verbrauch bzw. Export. Reparationslieferungen auf diesem Gebiet werden später nachgeholt.
4. Organische Rückgliederung der Grosskonzerne durch Aufspaltung in ihre ehemaligen Einzelbetriebe, Einsetzung von Freyhändlern in diese Betriebe und Wiederinbetriebsetzung.
5. Halbjährige Arbeitspflicht für alle gesunden jungen Männer zwischen dem vollendeten 18. und dem vollendeten 20. Jahre zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Verbesserung der deutschen Transportlage.
6. Weisung an die Denazifizierungsbehörden, ihre Tätigkeit beschleunigt durchzuführen, damit die unbetriebligen Kräfte der Wirtschaft wieder in den Arbeitsprozess eingereiht werden können. Möglichst baldige Freilassung der noch im Lager zurückgebliebenen Wirtschaftsführer, soweit ihre Unbelastung erwiesen ist.
7. Einsetzung eines deutsch-alliierten Überwachungs-ausschusses für die westlichen Zonen, der darüber zu wachen hat, dass diese Ankurbelungsaktion der Wirtschaft nur der Herstellung von friedensmässigen Verbrauchsgütern bzw. Exportartikeln für Zwecke der Wiedergutmachung dient.

Institut für Wirtschaftspolitik

II. Einzelheiten

1. Erhöhung der Kohleförderung durch Gewährung von Leistungsprämien in Form von Lebensmittelgutscheinen, die nach der nächsten Ernte eingelöst werden.
2. Umstellung der westlichen Stahlproduktion auf vermehrte Schrottlieferie nach dem mitteldeutschen Verfahren. Einleitung einer Grossaktion zur Sammlung des Schrotts.
3. Größtmögliche Ausnutzung der noch vorhandenen Fertigungsstätten von Aluminium und synthetischen Kunststoffen, um diese Mengen zur Wiederingangsetzung der Metallurgiestätten für Verbrauchsgüter zu verwenden.
4. Umstellung aller ehemaligen chemischen Kriegsbetriebe zur größtmöglichen Gewinnung von Stickstoff (Landwirtschaft), Treibstoff (Verkehr), synthetischem Gummi (Rollen, Riemen und Schuhsohlen). Evtl. Benutzung der Überproduktion für Wiedergutmachung.
5. Dreischichtarbeit in allen Werken, die zur Hebung der Fertigstellung oder Wiederinstandsetzung von Verkehrsmitteln dienen.
6. Vordringliche Wiederingangsetzung aller Werke zur Produktion von synthetischen Faserstoffen und Medikamenten.
7. Weitgehende Lockerung der hemmenden Innungsbestimmungen zur Wiederingangsetzung und Belebung des Handwerks.

III. Landwirtschaftliche Massnahmen.

Die deutsche Landwirtschaft ist durch die zahlreichen übertriebenen Schutzbestimmungen, die sie durch die nazistische Einstellung zu "Blut und Boden" erhalten hat, zu selbstbewusst und zu unbeeinträchtigt geworden. Auch auf ihrem Gebiet sind alle Massnahmen zu treffen, die Tüchtigkeit, Leistung und Erwerbssinn wieder in den Vordergrund rücken.

Daher Aufhebung des Erbhofgesetzes und aller Bestimmungen, die der Freiheit des Bodens zuwider sind.

Aufspaltung der landwirtschaftlichen Grossbesitze in Mittelbetriebe, sofern ihre Leitung nicht die notwendige Produktion gewährleistet.

IV. Schluss.

Ich darf zum Schluss noch mal zum Ausdruck bringen, dass diese Anregungen allein dem Gedanken entsprungen sind, die Wiederingangsetzung der deutschen Wirtschaft einzuleiten. Nur dadurch kann sie in die Lage versetzt werden, ihre ihr aufgetragenen Wiedergutmachungsleistungen nach einer gewissen Anlaufzeit wieder aufzunehmen und durch Export die von den Alliierten zur Verfügung gestellten Ernährungsmittel zu bezahlen. Nicht getarnte Gebote der Bestimmungen des Kontrollrats sollen die Verschlingung des Geldes, sondern Mitarbeit an der Vernichtung der letzten Spuren des Naziregimes. Deutschland wird nur wieder getrachtet können, wenn es wieder leben und arbeiten kann.